Einzelpreis 20 Mark. Halle, Donnerstag, den 14. Dezember. Jahrg. 1922. • Nr. 63

Schriftleitung Harz 42-44 Fernruf Nr. 4067
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle Harz 42-44, Fernruf 3001. Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 20919 Erfurt. Bezugspreis: wöchentlich 115 Mk., monatlich 450.— Mk. inklusive Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 107,50 Mk. wöchentlich bezw. 430 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatlich 400 Mk. und 30 Mk. Nachsendung. Anzeigenpreise: Die 10 gespaltene Millimeterzeile 20 Mk. auswärts 25 Mk.; als Reklame im Textteil 70 Mk. auswärts 75 Mk.

Bonar Law an Cuno.

„Mit aufrichtigem Bedauern" abgelehnt.

„Ich habe die Ehre ..."

Berlin, 14. Dezember. (WTB.) Der Reichskanzler hat auf seinen neulich veröffentlichten Brief von dem englischen Premierminister folgende Antwort erhalten:

Nr. 10. Downing Street, 10. Dezember 1922.

Euer Exzellenz!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Dezember zu bestätigen, daß einen Plan für eine vorläufige Beilegung der mit der Reparationsfrage verbundenen Schwierigkeiten vorlegt. Das Schreiben wurde bei einer heute hier abgehaltenen Sitzung der alliierten Premierminister in Betracht gezogen. Mit aufrichtigem Bedauern muß ich sagen, daß der vorgelegte Plan nach ihrer Auffassung nicht die Lösung darbietet, die nach der gegenwärtigen Lage als befriedigend für die Alliierten Regierungen angesehen werden könnte.

Ich habe die Ehre usw. (gez.) **Bonar Law.**

•

Das vorstehende Schreiben Bonar Laws an Cuno entspricht dem bisher darüber Gemeldeten. Angenehm berührt die außerordentlich höfliche Form der — Ablehnung. „Mit aufrichtigem Bedauern muß ich sagen" ... das klingt fast ganz so, als wollte der englische Premier mit vielsagender Verbindlichkeit bemerken, daß es sein Verschulden nicht ist, wenn die Londoner Konferenz die deutschen Vorschläge nicht angenommen hat. Wir glauben das dem englischen Premier gern, zumal die bisher vorliegenden Stimmen aus Amerika, auf dessen Urteil in England viel gegeben wird, fast einstimmig sich dagegen aussprechen, daß die deutschen Vorschläge nicht akzeptiert worden sind. In Amerika ist auch bereits von einflußreicher Stelle betont worden, daß, falls Frankreich, ohne von England gehindert zu werden, ins Ruhrgebiet einmarschiert, Amerika dagegen seine Stimme erheben würde. Das scheint in Frankreich auch einige Bestürzung hervorgerufen zu haben. Poincarés Position ist ernstlich erschüttert. Jetzt behauptet er, niemals die Absicht geäußert zu haben, das Ruhrgebiet besetzen zu wollen. Gewiß ist nicht positiv zu behaupten, daß Poincaré eine Besetzung des Ruhrgebietes angedroht hat. Aber daß er sich mehrfach in Worten ausließ, die auf eine derartige Absicht schließen ließen, wird er nicht bestreiten. Nichts hat der verantwortliche Mann Frankreichs getan, um die fortgesetzten Hinweise der französischen Presse, daß eine Besetzung des Ruhrgebiets unvermeidbar ist, wenn eine Lösung nicht zustande kommt, zu verhindern. Sicherlich mit seinem stillen Einverständnis hat die Pariser Presse detaillierte Pläne über den Einmarsch des Ruhrgebiets veröffentlicht, auf denen die Orte, die besetzt werden sollten, durch Kreuze und Sterne bezeichnet waren. Schließlich mußte das zu dem allgemeinen Eindruck führen, daß die französische Regierung tatsächlich bereit ist, ins Ruhrgebiet einzumarschieren und schließlich hat diese Art der Propaganda selbst bei den Alliierten die Auffassung von einem entschiedenen Willen der französischen Regierung zur Besetzung der Ruhr hervorgerufen. Oder sollte neben der französischen Presse auch Mussolini und Bonar Law den gewiegten Juristen Poincaré, also alle Welt, mißverstanden haben? Darüber wird jedenfalls die Pariser Kammer anläßlich der Debatte über die Londoner Konferenz in diesen Tagen entscheiden.

Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die Meinungsverschiedenheiten, die jetzt zwischen dem Führer der französischen Regierung und der französischen Oeffentlichkeit ausgetragen werden, nicht zum Anlaß nimmt, von der angekündigten sogenannten „aktiven Politik" abzuweichen. Am Freitag soll Staatssekretär Bergmann, der während der Konferenz der Ministerpräsidenten als Vertreter der deutschen Regierung in London weilte, nach Berlin zurückkehren. Er wird sicherlich manchen Fingerzeig mitbringen, der der Regierung zur schnellen Ausarbeitung neuer Vorschläge dienen kann. Neue, weitergehende Vorschläge müssen gemacht werden, ganz gleich, ob die deutsche Industrie nun tatsächlich endgültig mitarbeiten will, wie es neuerdings von der volksparteilichen Presse behauptet wird. Noch glauben wir nicht an diese Mitarbeit! Vorläufig hat sie eirt ihren „Rat" in Aussicht gestellt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die nachstehende Meldung:

Die Getroffenen.

Was brauchen wir, den Rat oder das Geld der deutschen Schwerindustrie?

Berlin, 14. Dezember (WTB.) Wie den Blättern aus industriellen Kreisen verrichtet wird, steht der Reichsverband der deutschen Industrie der Notiz der „D. Allg. Z.", über die Haltung der deutschen Industrie in der Reparationsfrage völlig fern. Auch ist von führenden Persönlichkeiten des Verbandes die Notiz nicht veranlaßt worden. Der Verband als solcher hat laut „B. Z." zu den deutschen Vorschlägen in London überhaupt nicht Stellung genommen. Der Verband würde keine Veröffentlichung vorgenommen oder beeinflußt haben, die geeignet sein könnte, der Regierung in außenpolitischen Verhandlungen Schwierigkeiten zu machen. Die große Mehrzahl der Verbandsmitglieder nehme sicher den gleichen Standpunkt ein, den der Reichskanzler im Reichswirtschaftsrat vertreten hat, **daß die politische Führung der auswärtigen Angelegenheiten allein bei der verantwortlichen Regierung liegen kann, der die zentrale Organisation der deutschen Industrie jederzeit gern ihren Rat in wirtschaftlichen Dingen zur Verfügung stellt.** Das „B. T." teilt mit, es sei damit zu rechnen, daß die Industrie von sich aus bestimmte Vorschläge zum Reparationsproblem machen werde.

•

Die Aeußerung des Reichsverbandes der deutschen Industrie mag wahr oder unwahr sein. Uns interessiert an ihr in erster Linie die Versicherung, daß die Industrie der Regierung ihren Rat gern zur Verfügung stellt. Das ist sehr edel. Edeler allerdings wäre es, wenn sie auch ihr Geld zur Verfügung stellen würden. Mit Ratschlägen, wie man das arbeitende Volk am besten ausplündert, ist nicht gedient. Denn in dieser Richtung gibt es kaum noch etwas zu tun. Was sonst noch an Ratschlägen zur Besserung der Wirtschaftslage vorliegt, stammt von der Sozialdemokratie. Die Industrie hat sich bisher immer nur selbst beraten. Das wäre auch für die Zukunft nicht so schlimm. Nur auf ihr Geld kann das deutsche Volk nicht verzichten, weil es von ihm erarbeitet ist. Sobald die Industrie ihr Geld zur Verfügung stellt, wird mit ihr weiter geredet werden können. Das wird allerdings noch ein Weilchen auf sich warten lassen.

Der verlassene Cuno.

Die Sozialdemokratie gegen die Lohnsteuerpolitik der Reichsregierung.

Berlin, 14. Dezember. Am Donnerstag wird im Plenum des Reichstags die Novelle zum Einkommensteuergesetz beraten werden. Die Regierung und auch zahlreiche bürgerliche Politiker fürchten die sachliche Kritik der Sozialdemokratie, weil sie angesichts der **ständig steigenden Anteile der Lohnsteuer an der Einkommensteuer** überhaupt berechtigt ist. Sie haben deshalb den Versuch unternommen, von ihr die Zustimmung zu einem faulen Kompromiß zu erlangen, das es ihnen ermöglichen würde, die Verantwortung mit auf die Schultern der Sozialdemokratie zu legen. Der Reichskanzler selbst interessiert sich sehr stark für die Stellung der Sozialdemokratie in dieser Frage. Es kommt ihm und seinen Ministern bereits stark zum Bewußtsein, daß man ohne die Sozialdemokratie eben nicht regieren kann, daß ohne die Unterstützung unserer Fraktion die Regierung ohne jeden Halt ist, und daß die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, der Meinung des Reichskanzlers im Reichswirtschaftsrat zu entsprechen, daß nichts im gegenwärtigen Augenblick so notwendig sei als der Ausgleich der Klassengegensätze. Vorläufig hat die „Regierung der Arbeit" mit ihrer Steuerpolitik in keiner Partei des Reichstags Gefolgschaft. Der „überparlamentarische" Herr Cuno steht verlassen, allein auf weiter Flur.

Die USPD. gegen das Steuerunrecht.

Berlin, 14. Dezember. (Soz. Parl.-Dienst.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwochabend noch einmal mit ihrer Stellung zur Abänderung der Einkommensteuer. Veranlassung dazu gaben Versuche der Reichsregierung, die Sozialdemokratie zur Zustimmung zu einem Steuerentwurf zu bewegen, der zwar weniger weitgehend als der vom Ausschuß angenommene, aber **noch wesentlich schlechter ist als die Regierungsvorlage. Die Fraktion beschloß einstimmig, an ihrem bisherigen Standpunkt festzuhalten und sowohl den Ausschußbeschluß, als auch den angekündigten Vermittelungsvorschlag, wie auch den Regierungsentwurf abzulehnen.** Alle drei Anträge sehen eine so weitgehende Begünstigung der Veranlagungspflichtigen durch eine Ermäßigung des Steuertarifs vor, daß **die Zustimmung der Sozialdemokratie eine Verletzung ihrer Pflichten gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern darstellen würde.** Mitbestimmend war für die Haltung der Fraktion, daß die Annahme jedes **dieser Anträge eine wesentliche Minderung der Einkommensteuer bedeutet, die vor allen Dingen die schwer um ihre Existenz ringenden Gemeinden so stark schädigen würde, daß ihr Zusammenbruch die sichere Folge sein würde.**

Die Fraktion beschloß ferner die Einbringung von Anträgen, die den Versuch machen, das Steuerunrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern auszugleichen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Mittwoch eine Reihe Nachtragsetats. Bei der Beratung des Etats für das Reichsfinanzministerium wurde der Dispositionsfonds des Reichspräsidenten zum Zweck der Gewährung von Unterstützungen an rund 8000 ehemalige Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene auf 19 Millionen Mark erhöht. Dieser Mehrbetrag ermöglicht eine **Erhöhung der Unterstützungen um 400 Prozent.** Beim Etat des Reichsernährungsministeriums erklärte Minister Dr. Luther, daß bei Anspannung aller Kräfte eine Brotnot im laufenden Winter nicht zu erwarten sei. (Für die nicht, die das Brot heute überhaupt noch bezahlen können. D. Red.) Ein Drittel der Gestreibeumlage sei abgeliefert.

Bolschewistische Geheimpolizei

Ein Leitfaden für kommunistische Lockspitzel.

Das illegale Organ des sozialdemokratischen Parteikomitees in Odessa veröffentlicht Auszüge aus einer Schrift, die von der örtlichen „Tscheka" „völlig geheim" herausgegeben worden ist. Diese Schrift behandelt die „Praxis der Odessaer Tscheka" für das Jahr 1920 und enthält eine Reihe von Abschnitten, die den inneren Betrieb und die Aufgabe der bolschewistischen Geheimpolizei grell beleuchten. Besonders beachtenswert sind jene Abschnitte, die die Praxis der bolschewistischen Lockspitzel schildern. Aus dem Inhalt dieser geheimen Denkschrift geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Lockspitzelunwesen in Sowjet-Rußland einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat und weit schlimmer geworden ist, als dies je in den Zeiten des Zarismus der Fall war.

Die Verfasser der Schrift weisen darauf hin, daß die Tscheka sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, ihre „Informatoren", d. h. Spitzel, in jeder der nichtbolschewistischen Gruppen und Parteien zu haben. Die Aufgaben dieser Spitzel werden folgendermaßen geschildert:

„Jeder Informator muß politisch genügend vorbereitet und revolutionär (!) gesinnt sein, er muß ferner in der Lage sein, alle Schattierungen der Redner der sowjetfeindlichen Parteien zu unterscheiden. Er muß auch alle Stimmungsnuancen, die diese Reden bei der Hörermasse auslösen, zu erkennen vermögen. Er muß schließlich unbedingt das Programm einer jeden antibolschewistischen Gruppe wie auch das Programm der Kommunisten kennen."

Das von den Spitzeln beschaffte Material dient den leitenden Kreisen der Tscheka als Grundlage für die genaue „Durchleuchtung" aller politischen Gruppen, die in aktiver oder passiver Opposition zur Sowjetregierung stehen. Alle irgendwie in Frage kommenden Personen werden genau besichtet, charakterisiert und registriert. Besonders wichtig ist die Kenntnis der Stimmungen und Strömungen in den Betrieben. Zu diesem Zweck hat die Tscheka in allen Betrieben, Institutionen und Truppenteilen ein Netz von „Informatoren" geschaffen. „Die auf diesem Wege beschafften Informationen gestatten mit genügender Deutlichkeit die Stimmung der Arbeiter und Angestellten der betreffenden Institutionen und Betriebe kennenzulernen."

Von außerordentlichem Interesse ist der Hinweis der amtlichen Schrift, daß bei dem Aufbau der kommunistischen Spionageabteilungen die Erfahrungen der zaristischen Geheimpolizei, wie auch der westeuropäischen politischen Polizei berücksichtigt und ausgenutzt worden sind. Nicht minder interessant ist die Klage, daß die Odessaer Arbeiter der Tätigkeit der Tscheka nicht das nötige „Verständnis" entgegenbrachten. „Der Odessaer Proletarier" — heißt es in der Schrift — „war infolge einer Reihe objektiver Verhältnisse von einem kleinbürgerlichen Geist angesteckt und begriff die Aufgaben der Tscheka nicht. Mehr noch, bei vielen Proletariern herrschte die Ansicht vor, daß sie mit der Tscheka nichts zu tun haben dürften."

In Anbetracht dieser ablehnenden Haltung der Arbeiter sah sich die arme Tscheka gezwungen, ihre Agenten in anderen Bevölkerungsschichten anzuwerben. Dies gelang ihr auch, da sie sich in ihrer Denkschrift sehr befriedigt über jene „Kommunisten" äußert, die sich in ihren Dienst gestellt hatten.

Mit einem Zynismus, der seinesgleichen sucht, schildert die Tscheka in ihrer Schrift, wie sie bei ihrer provokatorischen Spitzeltätigkeit alle bestehenden Gesetze und Vorschriften umging, um sich das Vertrauen jener Leute zu erwerben, die sie in ihre Netze zu ziehen suchte: „Im Prozeß der Arbeit sah sich die Spionageabteilung genötigt, sich Geheimquartiere zu verschaffen. Um keinen Verdacht zu erwecken, wurde die Wohnung nicht durch das Wohnungsamt, sondern durch irgendeinen Vermittler bei einem Spekulanten (!) erworben. Man kaufte die Wohnung irgend eines mittleren oder großen Bourgeois. So gelang es, ohne Zeitverlust und Scherereien und vor allen Dingen geheim eine mehrzimmerige möblierte Wohnung zu erlangen, und zwar unter dem Hinweis, daß sie für eine weißgardistische Organisation bestimmt sei. Um die Nachbarn in der Anschauung zu stärken, daß die Wohnung tatsächlich für die Weißgardisten bestimmt sei, wurde dem Vorsitzenden des Hauskomitees eine bedeutende Geldsumme für die Anmeldung der neuen Mieter ausgehändigt. So gelang es, jene Bevölkerungsgruppen auszunutzen, die gegen die Sowjet-Gewalt gestimmt waren. Der Ankauf der Wohnung und die Beschwichtigung des Hauswirts gaben den neuen Inhabern der Wohnung die Möglichkeit, ihre Räume für Zusammenkünfte mit wirklichen Mitgliedern geheimer konterrevolutionärer Organisationen auszunutzen. Das war eine der vielen Methoden, die man angewendet hat."

Von besonderem Interesse ist nun die Art und Weise, wie die Tscheka ihren Lockspitzelbetrieb aufmachte. Es heißt darüber in der Schrift:

„Man mußte in die sowjetfeindlichen Parteien die eigenen Leute hineinführen, die genügend weit vordringen und ihre Aufmerksamkeit auf alle Seiten der antibolschewistischen Arbeit zu lenken vermochten. Die innere Spionagetätigkeit in den Sowjet-Instituten wurde unter dem Gesichtspunkt geführt, daß alle Personen, die bei irgendeinem Amtsverbrechen beteiligt waren, von dem Netz der Beobachtung umsponnen waren. Die Agenten der Spionageabteilung suchten alle Teilnehmer des Verbrechens, beginnend mit dem Führer bis zu den untergeordneten Teilnehmern in ihre Hand zu bekommen. Sehr oft nahmen sie selbst, zuweilen an führender Stelle, aktiv an dem Verbrechen teil. Unter den obwaltenden Verhältnissen mußte man an dem Verbrechen teilnehmen, um das Vertrauen der in

Vormittag 10 Uhr: Dollar 7900

Verdung: Schwalcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192212 14-/fragment/page=0001

Menge bekannter Personen zu erwerben. Nur eine solche Methode gab dem Agenten der Spionageabteilung die Möglichkeit, die ihm aufgetragene Aufgabe zu erfüllen. Die Praxis der Spionageabteilung in dieser Richtung ergab ziemlich bedeutende Resultate. Mitarbeiter der Spionageabteilung drangen in die feindliche Organisation ein und **führten ihr neue Mitglieder** zu, die dieser Organisation tatsächlich ergeben waren. Dank dem Vertrauen, das der Mitarbeiter bei den führenden Personen der Organisation genoß, erwiesen sich fast alle Fäden im nötigen Augenblick in den Händen der Spionageabteilung, die alle in Frage kommenden Personen festnahm, um sie aus ihren Privatwohnungen nach dem Gefängnis zu schaffen."

Die hier wiedergegebenen Auszüge reichen wohl aus, um nicht nur die Spitzelmethoden, sondern auch die Psychologie jener Halunken kennenzulernen, die unter der Maske des Kommunismus die fluchwürdige Arbeit der alten zaristischen Spitzel fortzusetzen. Würgender Ekel packt einem, wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Gesellschaft, im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht, die Revolution besudelt und die Ideen des Sozialismus und Kommunismus kompromittiert. Mögen auch einzelne sich gutgläubig in den Dienst dieser Organisation gestellt haben, ihr Wesen ist so verabscheuungswürdig und verächtlich, ihre Tätigkeit so verderblich und korrumpierend, daß man im allgemeinen Interesse nur wünschen kann, daß sie so schnell wie möglich vom Erdboden verschwindet.

Der lachende Mordbube.

Schluß der Beweisaufnahme im Harden-Prozeß.

Formulierung der Schuldfragen: Mordversuch und Anstiftung zum Mord. — Heute Plaidoyer des Oberstaatsanwalts.

Berlin, 14. Dezember.

In dem polizeilichen **Protokoll, das** am zweiten Tage zur Verlesung kommt, gibt Weichardt zu, daß als Ziel des in Oldenburg **verabredeten Unternehmens**

die Beseitigung Hardens

angegeben worden sei. **Dafür sollten den Mordbuben ihre Schulden beglichen und ihr Berliner Aufenthalt vergütet werden;** außerdem wurden ihnen weitere Mittel zur Flucht in Aussicht gestellt. Im Verlauf der weiteren Vernehmung erwähnt der Oberstaatsanwalt, daß Weichardt **sich bereits wieder mit Mordplänen an Harden** beschäftigte, unmittelbar nachdem er im März d. J. **wegen fahrlässiger Tötung eines Jungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war.** Dennoch ließ er sich zur neuen Bluttat gewinnen. Warum das? — Weichardt: „Ich bin deshalb nicht von der Tat zurückgetreten, weil ich mich nicht mit dem Makel belasten wollte, daß ich ein Spitzel oder ein Feigling wäre. Aber sympathisch war mir die Tat nicht!"

Professor Dr. Borchardt der Harden nach dem Ueberfall behandelt hatte, erstattete dann das ärztliche Gutachten und wies auf die Schwere der Verletzungen hin. Etwa **14 Tage lang habe Lebensgefahr bestanden.** Auch wenn Harden keine bleibende körperliche Schädigung davongetragen haben sollte, so sei auf jeden Fall

das Nervensystem zerrüttet.

Aus der Aussage einer Bar-Kassiererin geht hervor, daß Ankermann und Weichardt in der Zeit der Mordvorbereitungen viel in einer Bar verkehrt haben, **große Zechen machten und auch die Zeugin um 15 000 Mk. anborgten, die sie nicht mehr zurückbekam.** Der Untersuchungsrichter, der Weichardt nach der Tat vernommen hatte, bestätigt, daß Weichardt damals klar zugegeben hätte, daß ihre Absicht war, **Harden unschädlich zu machen, nämlich Harden zu töten. Dieses Geständnis legte der junge Bursche unter fortwährendem Lachen ab, so daß ihn der Untersuchungsrichter ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß er sich eines Mordversuchs schuldig gemacht habe.**

Dann wird der Brief verlesen, der nach der Tat, anscheinend von Ankermann geschrieben, in der gemeinsamen Wohnung der beiden Täter aufgefunden wurde. Dieser Brief lautet:

Sehr geehrter Herr!

Wir teilen Ihnen hiermit höflichst mit, daß uns trotz ungünstiger Konjunktur der Geschäftsabschluß geglückt ist. Wir sehen nunmehr Ihrem persönlichen schnellmöglichstem Kommen hierher entgegen und bitten höflichst und dringendst, alles Nötige zur Aufrechterhaltung der einmal eingegangenen Geschäftsverbindungen in die Wege zu leiten und mitzubringen. Nach dem jeweiligen Stand unserer Valuta halte ich baldmöglichstes Anbahnen der beabsichtigten Geschäftsverbindung mit der pp. Firma im Süden (!) für unbedingt erforderlich. Ich verstehe darunter vorzugsweise **die geplante baldigste Festanstellung unserer beiden Herren bei der pp. Firma, die ihnen ja auch vertragsmäßig in Aussicht gestellt ist.** Für ihre und ihrer Familien Uebersiedelung ist naturgemäß Sorge zu tragen. Gleichzeitig bitten wir, bei Einlösung der Devisen dafür Sorge tragen zu wollen, daß die vereinbarte Anzahlung auch die entstandenen Unkosten und Verpflichtungen decken kann, also **mindestens 60 000 Mk.** Wünschenswert wäre es, wenn unser Chef sich dazu verstehen könnte, die Schuldsumme in Höhe von 30 000 Mk. extra auszuwerfen, so daß die Herren Agenten keine Einbuße des ihnen Zustehenden erleiden. In der Hoffnung, daß unserem Bericht Ihrerseits der genügende Nachdruck verliehen wird, zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung

immer die Alten.

Drei Tage vor der Tat ist bei den Attentätern ein ebenfalls sehr bezeichnender Brief, den Grenz geschrieben hatte und der die Aufschrift trägt „Euch Getreuen", eingetroffen:

Was ich auftreiben kann, will ich tun. Ich weiß, es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es liegt an Euch, höhere Summen zu erhalten. Es muß aber etwas geschehen. Letzten Endes bleibt alles an mir hängen, und ich gerate in finanzielle Not. Wenn bis Dienstag alles in Ordnung ist, könnte ich über Größeres verfügen. Ich halte den Zeitpunkt trotz allem für außerordentlich günstig. Dies zerreißen. Gut Glück!

Der Eure.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen **äußerte sich Harden nochmals** über seine beabsichtigte Amerikareise, die **die Alldeutschen hüben und drüben zu hintertreiben suchten.**

Darauf wurde auf die Vernehmung **weiterer Zeugen, auch Ehrhardts,** verzichtet und **vom Vorsitzenden die Schuldfragen formuliert.** Sie lauten **gegen Weichardt auf Mordversuch, gegen Grenz auf Anstiftung. Auf Veranlassung der Verteidigung wurden auch** noch Nebenfragen auf Körperverletzung und Beihilfe zum Mordversuch und zur Körperverletzung gestellt. — In einer besonderen Abendsitzung, die erst kurz vor 6 Uhr wieder begann, wurden den Geschworenen zehn Schuldfragen **vorgelegt.** Die ersten sechs betreffen Weichardt, die übrigen vier Grenz.

Die Verhandlung nimmt heute, Donnerstag, ihren Fortgang mit der Anklagerede des Oberstaatsanwalts.

Die Voruntersuchung gegen Ehrhardt.

Leipzig, 14. Dezember. (WTB.) Wie wir hören, ist die Voruntersuchung gegen den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt wegen Mittäterschaft beim Kapp-Putsch jetzt eröffnet worden. Untersuchungsrichter ist Reichsgerichtsrat Dr. Metz. Die Verteidigung übernahm Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune in Göttingen.

*

Nach dem vorstehenden WTB.-Bericht soll sich die Voruntersuchung scheinbar nur auf die Mittäterschaft Ehrhardts am Kapp-Putsch erstrecken. Das wäre eine schwere Unterlassungssünde. Denn im Bewußtsein des Volkes ist Ehrhardt nicht in erster Linie der Kappist, sondern das Haupt jener geheimen Mörderbande, deren schändliches Handwerk erst in diesen Tagen wieder durch den Harden-Prozeß beleuchtet wird. Aufgabe der Voruntersuchung muß es deshalb in erster Linie sein, die Tätigkeit des Mörder-Häuptlings aufzudecken.

Bewaffnete Faszisten-Banden.

Die bayerischen Nationalsozialisten dehnen ihre Tätigkeit auf Württemberg aus.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Ermutigt durch „Erfolge" in Bayern und die unbegreifliche Langmut des Ministeriums des Innern suchen die nationalsozialistischen Radaubrüder nunmehr auch in Württemberg ihre Tätigkeit **in großem Stil zu entfalten.** Wenn auch die ersten Versuche vor Wochen ziemlich wirkungslos verlaufen sind, begannen sie in den letzten Tagen geradezu gemeingefährlich zu werden. Wie in Bayern, treten die Banden **in bewaffneten Stoßtrupps militärisch formiert auf.** Am letzten Sonnabendabend war in Geislingen a. St. eine Versammlung mit Hitler geplant. Sie wurde aber **von der Arbeiterschaft vereitelt.** Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es zu Tätlichkeiten. In einer am Sonntag in Stuttgart vorgesehenen Versammlung sollte Weber (München) über den „Staat des Wucher- und des Schiebertums" sprechen. Er wurde aber in seinen unerhörten Ausführungen durch kommunistische Führer wiederholt unterbrochen. Hierauf trat **die faszistische Knüppelgarde in Tätigkeit, und es entwickelte sich eine wüste Schlägerei,** wobei es eine ziemliche Anzahl Verletzter gab. Eine Polizeiabteilung räumte den Saal und nahm einige Verhaftungen vor.

Weit ernster gestaltete sich **das Auftreten in Göppingen.** Auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei wurde die Versammlung nach längerem Zögern vom Oberamt untersagt, die Nationalsozialisten suchten **aber die Versammlung** zu erzwingen. Bei einbrechender Dunkelheit zog zuerst eine bewaffnete Münchener Hundertschaft mit einer Krankenschwester zum Versammlungslokal, vor dem sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, die durch das herausfordernde Benehmen der Nationalsozialisten aufs äußerste gereizt war. Die Münchener, durch Stuttgarter und Tübinger Anhänger unterstützt, zogen nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Walfischkeller. Bei der Jebenhausener **Brücke wurde auf die Menge geschossen. Das Feuer wurde erwidert. Auf beiden Seiten gab es Verwundete, zusammen etwa 6 bis 7 Personen.** Den Bemühungen der Schutzpolizei gelang es, weitere Zusammenstöße zu vermeiden und die Münchener auf Umwegen zum Bahnhof zu bringen.

*

Die **württembergische Regierung hat wegen der** blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Stuttgart, Göppingen und Geislingen **die Versammlungen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei bis auf weiteres verboten.**

Reichstag.

27 Milliarden für Erhöhung der Sozialrenten. — Die bürgerlichen Parteien gegen die Kleinrentner.

Berlin, 14. Dezember 1922.

Der Reichstag überwies in seiner Mittwoch-Sitzung den Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe dem Steuerausschuß. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zuschläge zur Kraftfahrzeugsteuer, die diese der Geldentwertung anpassen, wurde in allen drei Lesungen angenommen. — Nach der Erledigung einiger **weiterer kleiner Vorlagen entspann** sich eine Aussprache zwischen den Kommunisten und dem Reichsarbeitsministerium Brauns über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Maltzahn (Komm.) **beklagte sich über die viel zu geringen Sätze der Erwerbslosenunterstützung** und der Sozialrenten. Er verlangte ferner vermehrte Unterstützung der Kleinrentner. Der Reichsarbeitsminister wies darauf hin, daß **die Einkommensgrenze für die Unterstützung der Sozialrentner von 18 000 auf 43 000 hinaufgesetzt worden sei und das Reich für diese Unterstützung 27 Milliarden Mark** gewähre. Eine **Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung** auf 250 Mark pro Tag **für Unverheiratete und auf 550 bis 750 Mk.** pro Tag für Verheiratete **beschäftige zurzeit den Reichsrat.** Angenommen wurde eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, die noch vorhandenen Heeresbestände an Decken, Schränken, Betten, Bettwäsche, Handtüchern usw. **den notleidenden gemeinnützigen Wohltätigkeitsanstalten zum Anschaffungspreis abzugeben.** Eine kommunistische Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, im kommenden Haushaltsplan 10 Milliarden Mark zur **Unterstützung der Kleinrentner einzusetzen, wurde gegen die kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.**

Nächste Sitzung heute, Donnerstag, mittag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung der Einkommensteuer.

Preußischer Landtag.

Die gestäupten Kommunisten.

Berlin, 14. Dezember.

Der Preußische Landtag nahm am Mittwoch das Grundsteuergesetz in der Hauptsache nach den Vorschlägen des Ausschusses an. Dann folgte der Bericht des Rechtsausschusses über den kommunistischen Antrag auf Verweigerung der Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Ghezzi-Witezky an die italienische Regierung. Die Kommunistin Frau Wolffstein leistete sich eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit. Aber die Herren Kommunisten machten die Rechnung ohne den Wirt. Genosse Heilmann **züchtete die kecken Schreier** in derber Weise. Es war ein Sozialdemokrat — betonte Heilmann —, es war der frühere Reichsjustizminister Dr. Radbruch, der die Arbeit zur Schaffung eines neuen Auslieferungsvertrags geleistet hat und längst mitteilte, daß sein Entwurf dem Auswärtigen Amt und verschiedenen anderen Ressorts zur Begutachtung zugegangen ist. Der Fall Ghezzi ist erledigt, **aber die Kommunisten haben an der Befreiung Ghezzis keinen Anteil. Im Rechtsausschuß war kein Katz, keine Wolffstein, kein Schulz zu sehen.** Was der Kommunist Menzel sagte, war nicht viel. Erst ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, (!) der sich die Mühe machte, die Akten zu studieren, fand, daß die italienische Regierung einen Formfehler begangen hatte. Der Ausschuß war einmütig der Ansicht, daß deshalb Ghezzi freigegeben werden müsse. Als wir am 2. Dezember für die Ueberweisung an den Rechtsausschuß eintraten, sagten Kommunisten, wir seien für diese Ueberweisung nur in der Absicht, um die Auslieferung Ghezzis an den Faszismus zu ermöglichen. (!)

Die Kommunisten tobten auf diese Feststellungen hin und fügten den alten Beschimpfungen und Unwahrheiten neue hinzu. Genosse Heilmann sagte ihnen: Nicht jeder revolutionäre Arbeiter könne ausgeliefert werden; **denn „revolutionär" das sei noch kein Freibrief für Raub und Mord.** Was die Verbesserung des Auslieferungsrechtes betreffe, so habe Genosse Limbertz zweimal im Namen der Fraktion im Landtag über diese Frage gesprochen; aber nicht der Landtag, sondern der Reichstag habe hier zu entscheiden. Der Hinweis auf den Fall Boldrini sei deplaziert, da im Fall Boldrini Minister Severing erklärt habe, **die Auslieferung sei gegen Wissen und Willen der preußischen Regierung erfolgt, und ein solcher Fall werde sich unter keinen Umständen mehr wiederholen.**

Da die Kommunisten gegen Heilmann nicht aufkamen, suchten sie bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Verstärkung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse abermals Krach zu machen.

Der Abenteurer.

Von Reinhard Rijke.

Man hatte zu Abend gegessen und saß nun auf der Veranda, ohne Licht und ohne Lampe, nur vom Abendschein beleuchtet. Der schwach säuselnde Nachtwind rauschte durch die vielästigen Kronen der hochstämmigen Kastanienbäume des Gartens und erstarb wieder, erwachte von neuem in einer der alten Birken und verlor sich in der Waldmauer. Der Himmel funkelte in einem tiefen Dunkelblau, das wie eine Kristallglocke über die Welt gestülpt schien.

Arthur Bredius erzählte von seinen Erlebnissen, und seine Freunde hörten schweigend zu, völlig im Bann der Schilderungen fremder Länder und Völker, die Bredius ihnen mit seiner tiefen, sonoren Stimme ohne jede Prahlerei vortrug.

Er war erst seit einigen Tagen in seine Heimat zurückgekehrt, in der er jetzt solche gänzlich veränderten Verhältnisse vorgefunden hatte. Sein Schicksal hatte ihn durch die halbe Welt geführt — durch Afrika, Amerika, China, Japan und einen Teil von Britisch-Indien.

Unzählige Abenteuer hatte er erlebt, und oft, sehr oft hatte der Tod ihm sehr nahe auf den Fersen gesessen. Mitten in der lebendigen Schilderung einer aufregenden Tigerjagd in Bengalen, wurde er plötzlich von einer grellen, höhnischen Lache unterbrochen.

Die anderen saßen erstaunt um sich und trachteten mit ihren Blicken das Dunkel des Gartens zu durchdringen.

Die Zweige eines dichten Gebüsches wurden zur Seite geschoben, und ein Mann kam langsam, beinah zögernd, zum Vorschein, bis er endlich dicht vor der Veranda, am untersten Absatz der Steintreppe stehen blieb. Und, sonderbar, das schrille, spöttische Lachen ertönte schon wieder aus seinem Munde.

Er war barhäuptig, und seine unscheinbare, rissige Kleidung zeigte deutlich die Spuren eines langen Weges.

Bevor die fünf Herren sich von ihrem Erstaunen erholt hatten, nicht wissend, wie der so plötzlich vor ihnen aufgetauchte Fremde in den Garten gekommen war, begann der Mann bereits zu reden.

Man liest oft in Romanen von einer sogenannten Grabesstimme — dieser Mann hatte bestimmt eine derartige Stimme, die aus einem Grabgewölbe zu bringen schien.

Sie klang hohl, aber zugleich scharf und manchmal zischend.

„Verzeihen Sie, meine Herren, daß ich Sie hier so unerwartet und unaufgefordert in Ihrer Unterhaltung störte — aber ich hörte soeben, obwohl gegen meine Absicht, einen der Herren Reise-

Der neue Roman beginnt morgen!

Damit auch die neuen Leser, die unsere Zeitung für den 15. Dezember bestellten, in den ungeschmälerten Genuß des neuen Romans

„Spätinghof"

kommen, beginnen wir mit seinem Abdruck erst morgen.

Wir bitten unsere Leser, vor allem die Frauen, die auf die Lektüre eines neuen Werkes des ihnen durch den Roman „Antje Möller" bekannten Schriftstellers Kurt v. d. Eider gespannt sein werden, sich den einen Tag zu gedulden.

abenteuer erzählen und ... das übte auf mich eine unwiderstehliche Zugkraft aus. Wer war der Erzähler?"

Bredius nahm langsam die Zigarre aus seinem Munde und klopfte bedächtig die Asche ab. Darauf sprach er gemächlichen Tones: „Der Redner war ich, mein Herr! Wollen Sie gefälligst die Güte haben, mir mitzuteilen, wie Sie in meinen Garten kommen und wer Sie sind?"

Aber der sonderbare Fremde zuckte nur gleichgültig die Achseln und antwortete, den Kopf schüttelnd: „Ich bin überall, warum also nicht auch hier! Sie erzählen von Indien und Afrika. Was ist das! Ich war überall in der Welt — bin Globetrotter, Kosmopolit, Abenteurer. Sie reden da von Reisen ... von Abenteuern — und doch sind Sie nur ein einfältiger Narr, der seine Abenteuer ebensogut in seinen vier Wänden erlebt haben könnte!"

Er richtete seine etwas zusammengesunkene Gestalt plötzlich kerzengerade auf und fuhr fort:

„Was faseln Sie doch von Abenteuern! Sind Sie, wie ich, auf einer Südseeinsel, mitten unter Kannibalen gewesen? Ist Ihnen, wie mir, der Geruch Ihres eigenen, röstenden Fleisches in die Nase gestiegen? Ist es Ihnen vielleicht gelungen, zu entfliehen, weil die hochlodernden Flammen die Stricke verzehrten, mit denen die Menschenfresser Sie gefesselt hatten? Waren Sie, wie ich, Yoghi in Indien, der mit Hilfe eines Maharadscha aus seinem Grabe wieder ins Leben zurückkehrte? Waren Sie, wie ich, Kaiser von Eitopomar in Südbrasilien, der später in Deutschland als Doktor gewaltige Kämpfe mit der Staatsanwaltschaft bestand? Raubten Sie, wie ich, die schönste Frau den Kontinents, eine Gräfin, und hypnotisierten ihren Mann in den Tod? Spielten Sie, wie ich, mit Geld, Menschen, Schicksalen und sich selbst? Ach, mein Herr, was sind Sie doch noch für ein kleines Baby!"

„Sie waren in China, sagen Sie! Kennen Sie den Garten der tausend Qualen? Hat man Sie töten wollen, indem man Sie in eine bronzene Riesenglocke einsperrte, die darauf geläutet wurde, so daß die Schwingungen Sie erst wahnsinnig machten und Sie schließlich töteten? Hat man Ihnen dünne Bambusstäbchen unter die Nägel getrieben! Sie über eine glühende Platte laufen lassen? Was sind Ihre Abenteuer mit den meinigen verglichen! Ich bin Seeräuber gewesen — ich habe mit dieser meiner rechten Hand die Frau eines amerikanischen Petroleumkönigs erwürgt, weil sie sich weigerte, mir einen Scheck über eine halbe Million auszustellen ... Ich habe in der Mandschurei mit einer Schar Anhänger Räuberei getrieben, und mein Name war gefürchtet, wie derzeit des Schinderhannes in den böhmischen Wäldern ..."

Lebhaft gestikulierend hatte der Fremde inzwischen die Treppe bestiegen und sich dem Tisch genähert. Die Freunde sahen im Halbdunkel seine schwarzen Augen leuchten. Er ergriff plötzlich einen leichten Korbsessel und schwang ihn durch die Luft.

„So schwang ich meinen Tomahawk, wie ich seinerzeit unter den Sioux des Far-West lebte! Aber auch dort weilte ich nicht lange — die Squaw des Oberhäuptlings Red-Bull hatte sich in mich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221214-14/fragment/page=0002

Auch diese Versuche scheiterten an der Festigkeit des Präsidenten Leinert. Der Präsident hatte die Lacher auf seiner Seite, als er der tobenden Frau Wolffstein bemerkte, sie bekomme von ihm keinen Ordnungsruf, denn er habe noch keine Dame zur Ordnung gerufen. Der Kommunist Schulz versuchte, eine endlose Oppositionsrede zu halten, die mit dem Thema in keinem Zusammenhang stand. Auf Beschluß des Hauses wird ihm das Wort entzogen. Die Kommunisten toben und lärmen. Nach neuen Schimpf- und Lärmszenen entläßt der Präsident das Haus mit Wünschen für das Weihnachtsfest in die Ferien.

Nächste Sitzung am 10. Januar 1923.

Um den Achtstundentag.

Berlin, 14. Dezember. (WTB.) Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat trat gestern in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten ein. Wie bekannt, hat sich der sozialpolitische Ausschuß eingehend mit den einschlägigen Fragen beschäftigt. Nach seinem Gutachten, das er mit 14 gegen 12 Stimmen abgegeben hat, wird im allgemeinen die 48-Stundenwoche ausschließlich der Pausen gesetzlich festgelegt. Ueberarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht zustande kommt, von der zuständigen Schlichtungsbehörde bestimmt (!) werden. In besonderen Fällen kann das Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht einsetzen.

*

Die vorstehende WTB.-Meldung beweist, daß eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von der bürgerlichen Mehrheit beabsichtigt ist. Bedenklicher noch als die Verlegung der Pausen außerhalb der Arbeitszeit stimmt uns der Passus des Entwurfes, daß die Ueberarbeit von einer Schlichtungsbehörde einfach dekretiert werden kann. Wir nähern uns auf diese Weise sehr bedenklich den russischen Verhältnissen, unter denen über die Arbeiter auch einfach behördlich verfügt wird. Zu dem Gesetzentwurf wird noch einiges zu sagen sein.

Wirtschaftspolitik.

Die erste Billion überschritten.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. Dezember. — Erneute Vermehrung des Banknoten-Umlaufes um 92,8 Milliarden.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 7. Dezember ergibt, hat sich die gesamte Kapitalsanlage der Bank in der ersten Dezemberwoche weiter um 38,4 Milliarden Mark auf 1 004,4 Milliarden Mark gehoben. Die Zunahme der bankmäßigen Deckung allein betrug 88,7 Milliarden Mark, wovon 34,2 Milliarden Mark auf das Wechselkonto und 54,5 Milliarden Mark auf das Schatzanweisungskonto entfallen. Die Lombardforderungen der Bank gingen in der Berichtswoche beträchtlich, und zwar um 50,8 Milliarden Mark auf 1,2 Milliarden Mark zurück, während allerdings bei den Darlehnskassen gleichzeitig eine sehr erhebliche Inanspruchnahme zu beobachten war. Von den im ganzen neu beanspruchten Kreditbeträgen wurde der Bank auf den Konten der fremden Gelder wie seit langem ein nur verhältnismäßig geringer Teil belassen; die öffentlichen und privaten Guthaben vermehrten sich um 16,4 Milliarden Mark auf 257,3 Milliarden Mark.

Der Banknotenumlauf ist von neuem um 92,8 Milliarden Mark auf 846,9 Milliarden Mark angewachsen. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen hielt sich fast unverändert (— 11,1 Millionen Mark) auf dem Stande von 13,8 Milliarden Mk. Die Darlehnsbestände der Darlehnskassen haben sich um 61,5 Milliarden Mark auf 153,2 Milliarden Mark ausgedehnt. Da die Reichsbank eine dieser Steigerung entsprechende Summe an Darlehnskassenscheinen zu übernehmen hatte, so haben die Bestände der Bank an solchen Scheinen um 61,5 Milliarden Mark auf 139,8 Milliarden Mark zugenommen.

Devisenkurse.

(Mitgeteilt vom WTB. 10 Uhr vormittags.)

	Heute Mark (Geld)	13.12.22. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8160	3325
1 dänische Krone	1650	1710
1 italienischer Lire	392	412
1 Pfund Sterling	36500	38250
1 Dollar	7900	8287
1 französischer Frank	560	585
1 Schweizer Frank	1505	1560
1 tschechische Krone	240	260

Tendenz: Schwächer.

Aus der Partei.

Dietz-Gesellschaft.

Am 6. Dezember fand die konstituierende Sitzung der Dietz-Gesellschaft statt. Es wurde beschlossen, daß die Genossen Kautsky, Adolf Braun und Jakubowicz den Geschäftsführenden Ausschuß bilden sollen. Entscheidungen über die Publikationen der Gesellschaft bleiben dem Gesamtkuratorium vorbehalten. Eine prinzipielle Erörterung veranlaßte der Vorschlag, der Gesellschaft den Charakter einer Propagandagesellschaft zu geben, doch erklärte sich die Mehrzahl des Kuratoriums dafür, die Aufgabe der Gesellschaft auf die Förderung von Publikationen zu beschränken, die für die Vertiefung wissenschaftlich-marxistischer Forschung von besonderer Bedeutung sind und ohne das Eingreifen der Gesellschaft voraussichtlich nicht erscheinen können. Es wurde beschlossen, ein Statut der Gesellschaft auszuarbeiten und ein Zirkular über ihre Aufgaben herauszubringen.

Gewerkschaftsbewegung.

Falsche Solidarität.

Zum kommunistischen Streik in Ludwigshafen.

Nach einer Mitteilung unseres Zeitungsdienstes haben die Kommunisten für ihren bekanntlich unter Bruch der Verbandssatzungen und ohne Befragung und Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter gegen die Organisationen unternommenen Streik 5 Millionen für die Streikenden in Ludwigshafen gesammelt; zwei Millionen davon stammen aus Frankreich. Auf dieses Ergebnis sind die Väter des Streiks nicht weniger stolz. Mit Begeisterung verkünden sie, der Sieg werde ihnen gehören, wenn das Proletariat — weiter sammele. Wie wenig aber mit diesen 5 Millionen Mark den Streikenden gedient ist, beweist die Tatsache, daß die Anilinwerke bei der letzten Löhnung rund 189 Millionen Mark Löhne gezahlt haben. Jetzt streiken die Arbeiter auf Befehl der Kommunisten schon in der dritten Woche. In der Zeit schwerster Not haben die Opfer kommunistischen Wahnsinns bisher 567 Millionen Mark verloren. Und in 10 Tagen ist Weihnachten! Den kommunistischen Einpeitschern wird das allerdings nichts ausmachen, solange die Regierung des hungernden Rußlands monatlich 30 bis 50 Millionen für sie zahlt. Die Unternehmer werden lachen, denn je elender die Lage der Arbeiter, je leichter können sie diktieren.

Da die Gewerkschaften unmöglich, schon aus reiner Selbsterhaltung, eine Bewegung finanziell unterstützen können, die sich gegen sie richtet, wird den Gewerkschaftsführern in von den Kommunisten provozierten Entschließungen „gemeiner Verrat" vorgeworfen und ihnen die Verachtung der Streikenden ausgesprochen. Die Gewerkschaftsvertreter haben mit der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik verhandelt, um den übers Knie gebrochenen Streik, der sich um keinerlei wirtschaftliche Forderungen drehte, sondern lediglich um drei Delegierte zu dem kommunistischen Betriebsrätekongreß, zu einem guten Ende zu führen. Daraufhin wird von den Funktionären des wilden Streiks beschlossen:

„Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Industriellen waren ohne Auftrag der Streikleitung (!) geführt, wozu die Gewerkschaftsführer keinerlei Berechtigung haben. Alle Abmachungen und Entscheidungen dieser Verhandlungen erklären die Streikenden (d. h. das autonome Streikkomitee) für null und nichtig und erkennen sie in keiner Weise an. Verhandlungen über den Streik können nur unter Hinzuziehung oder unter Zustimmung der Streikleitung geführt werden."

Wäre es den Bemühungen der Gewerkschaftsführer gelungen, eine zufriedenstellende Beilegung des Konflikts zu erreichen, dann spielte diese „Entschuldigung" natürlich keine Rolle mehr. Doch ersieht man aus diesem Beispiel, wie gegen die Gewerkschaften gearbeitet wird. Die „Rote Fahne" berichtet, daß am Sonnabend die Vertreter der Hauptvorstände des Fabrikarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes beschlossen hätten, ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Das Elend, das mit diesem verbrecherischerweise angezettelten Streik über zehntausende Familien heraufbeschworen wurde, ist inzwischen so groß geworden, daß „die bornierten, verknöcherten Bureaukraten, die heute noch keinen Streik anerkennen", ihren Mitgliedern helfen müssen. Zahlten sie keinerlei Unterstützung, würde die Hetze gegen die Gewerkschaften in noch größerem Maßstabe betrieben — soweit das noch möglich ist. Da sie jedoch ohne Rücksicht auf die Verbandssatzungen, die nun einmal gebrochen sind, mit Geldmitteln eingreifen — was ihnen „die Funktionäre" noch nicht verboten haben, wird „dieses Einlenken der Zentralvorstände als ein nicht zu unterschätzender Erfolg" der Drahtzieher ausgegeben: „es ist der Schiffbruch der Gewerkschaftsdiktatur". Aber, sagen die Moskauer Diktaturanbeter, „den Gewerkschaftsführern müssen auch die letzten bureaukratischen Winkelzüge vereitelt werden, mächtiger als bisher muß sich überall der Ruf erheben: Volle rückhaltlose Unterstützung der Streikenden!"

Diese Proben zeigen, daß der Ludwigshafener Streik, dessen weitere Ausdehnung als Generalstreik eifrig betrieben wurde, recht lehrreich ist. Die Gewerkschaften werden aus diesen Lehren die Nutzanwendung ziehen müssen. So geht es wirklich nicht mehr.

Das Erwerbslosenproblem.

Hamburg, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine am 10. und 11. Dezember in Lübeck stattgefundene Tagung der Vertreter der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der nordischen Wasserkante hat beschlossen, den Bundesvorstand zu ersuchen, für die baldmöglichste Durchführung der Erwerbslosenversicherung auf Grund der Selbstverwaltung einzutreten. Ferner gaben die gesamten Vertreter der Auffassung Ausdruck, daß vor allen Dingen und mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden müsse, daß die Erwerbslosen im allgemeinen Interesse auf schleunigstem Wege wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Das Ueberstundenunwesen soll energisch bekämpft werden. In bezug auf die Stellungnahme der Gewerkschaften zu der Schaffung besonderer Erwerbslosenräte wurde erneut festgestellt, daß die Vertretung auch der Interessen der erwerbslosen Arbeitnehmer ausschließlich Sache der Gewerkschaften sei und besondere Vertretung dieses Teiles der Arbeiter weder Berechtigung hätte, noch anzuerkennen wäre.

Einigung über die Dezembergehälter der Beamten.

Berlin, 14. Dezember. (WTB.) Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Verbänden der Beamten und Angestellten über die Dezembergehälter führte zu einer Einigung, nach der eine Erhöhung gegenüber den durchschnittlichen Novemberbezügen um etwa 44 Prozent eintritt. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

Ein kommunistischer Parteisekretär als Gewerkschaftsspalter.

In ihrer Presse behaupten die Kommunisten fortwährend, daß sie gar nicht daran denken, die Gewerkschaften zu spalten; sie hätten die Absicht, für eine Stärkung der Gewerkschaften einzutreten. Das Gegenteil ist den Kommunisten schon oft nachgewiesen worden. Wir sind heute in der Lage, einen unwiderleglichen Beweis dafür anzutreten, daß wahrscheinlich aus Mangel an anderer Beschäftigung der kommunistische Parteisekretär Lademann in Eisleben versucht hat, den Bergarbeiterverband zu sprengen. Lademann hat die Belegschaft des Paul-Schachtes zu einer Belegschaftsversammlung durch Ausklingeln am 30. November zusammenrufen lassen, Angeblich, um Bericht über eine stattgefundene Lohnverhandlung zu erstatten. Lademann hat natürlich als kommunistischer Parteisekretär weder mit dem Bergarbeiterverband, noch mit den Lohnverhandlungen auch nur das geringste zu tun. In einer in Gerbstedt stattgefundenen Belegschaftsversammlung hat Lademann eine Rede gegen die Gewerkschaftsführer gehalten und dort erklärt, der Bergarbeiterverband habe bewiesen, daß er für die Mansfelder Bergarbeiter noch nichts geleistet habe. Man müsse es nun einmal mit der „Union" versuchen. Lademann hat also hier als offizieller Vertreter der kommunistischen Partei die Bergarbeiter aufgefordert, aus dem Verband auszutreten und der „Union" beizutreten. Damit ist der Beweis erbracht, daß es nur dummes Geschwätz ist und erbärmliche Heuchelei, wenn die kommunistische Presse die Gewerkschaftsspaltung den Gewerkschafts-„bureaukraten" zuschreibt, währenddem die kommunistischen Parteisekretäre aber offiziell die Gewerkschaften sprengen wollen.

Lademann hat zum Vorteil der Mansfelder Kameraden kein Glück gehabt. Die Mansfelder haben ihn abblitzen lassen, denn sie wissen viel zu gut, daß Lademann sie höchstens wieder ins alte Joch der Grubenherren zurückführt.

Aus aller Welt.

Eine amerikanische Weihnachtsspende.

1200 Berliner Kinder werden bedacht.

Das Neuyorker Zentralkomitee zur Linderung der Not in Deutschland und Oesterreich (Central Comitte Inc.) hat wiederum eine größere Spende für Kinder-Weihnachtsbescherungen zur Verfügung gestellt. Dem deutschen Roten Kreuz sind davon 2000 Dollar überwiesen worden, die zu vorgenanntem Zwecke an dreizehn Großstädte verteilt werden. Auch Berlin ist in diesem Jahre wieder bedacht worden, so daß es ermöglicht wird, 1200 Kindern zu bescheren.

Großfeuer auf einem Gut.

Dessau, 14. Dezember. In der letzten Nacht brannte infolge Brandstiftung die Feldscheune des Gutsbesitzers Nürnberg in Luse (Kreis Zerbst) nieder. Es wurden 2000 Zentner Stroh und die Lupinenernte von 20 Morgen vernichtet. Als der Tat verdächtig wurde ein polnischer Landarbeiter festgenommen. — Die hiesige Kriminalpolizei nahm einen Jeßnitzer Arbeiter fest, der eine der Farbenfabrik Wolfen gehörige Bleibarrenladung im Werte von zwei Millionen Mark in Dessau verkaufen wollte.

Aus Nahrungssorgen zum Mörder seines Sohnes. In der vergangenen Nacht versuchte der Arbeiter Baum in Görlitz seinen Sohn im Schlafe den Schädel einzuschlagen. Der Zustand des Sohnes ist hoffnungslos. Nahrungssorgen sollen den Antrieb zur Tat gegeben haben.

Einbruch in die Berliner chinesische Gesandtschaft. Die Berliner chinesische Gesandtschaft wurde gestern von Einbrechern heimgesucht. Es wurden vier Koffer aufgebrochen und Kleidungsstücke von erheblichem Wert gestohlen.

1688
Kufeke's Kinder- und Krankennahrung
für den Säugling ärztlich empfohlen

verliebt, und nur mit Hilfe eines Flugzeugs konnte ich mich in Sicherheit bringen. Aber welch ein freies Leben! Ha — die Sonnenaufgänge in den wüsten Gebirgen und die Jagden auf wilde Wölfe in den unermeßlichen Schneefeldern Alaskas; die lustigen Trinkgelage mit wüsten Goldgräbern und fröhlichen Schenkmädchen! Kennen Sie Kazan, den Wolfshund? Er war mein ständiger Begleiter! Kennen Sie die Empfindung des Skalpierens — Sie mit Ihren kleinlichen Wunden? Haben Sie je das Blut aus dem Schädel Ihres besiegten Feindes getrunken? Haben Sie sich, wie ich, zur Geisterstunde in das Schloß der Hohenzollern geschlichen und die weiße Ahnfrau ihr gespenstisches Wesen treiben sehen? Ich — ich, mein Herr, ich tat es!"

Der Mann ruderte aufgeregt mit den Armen durch die Luft, und Schaum trat ihm vor den Mund. Sprachlos und maßlos erstaunt lauschten die Herren seinen Reden.

Bredius wollte eine Bemerkung machen . . . aber der andere schrie: „Schweigen Sie, Sie Abenteurer aus dem Jahre Null! Was Sie erlebten — meine Taten stellen alles in den Schatten. Kanonier war ich bei der japanischen Marine, und ich stahl die geheimen Pläne von dem Generalstab der Schlitzaugen, die ich den Amerikanern verkaufte. In Opiumhöhlen zu Schanghai und Frisko verbrachte ich Tage und Wochen; Diamanten suchte ich in Kimberley und Johannesburg; weiße Sklavinnen brachte ich in meiner eigenen Yacht nach Buenos-Aires, und Seiltänzer war ich in einem Zirkus. Hier zeigte ich Abend für Abend meine Drahtseilkunst, und unten belauerte mich der Clown Pietro, dessen Frau ich verführte, und der eines Tages die Stricke durchschnitt, wodurch ich niederstürzte! — Das ist ganz was anderes als Ihre unschuldigen Tigerjagden! Haben Sie Bankraub betrieben? Mit Stieren gekämpft? Schätze vom Boden der See heraufgeholt? Waren Sie bei den Bacchanalien in den Trinkhöhlen des „trockengelegten" Neuyorks zugegen? Setzen Sie, wie ich mich dort benahm . . ."

Mit einem Schritt war der Erzähler an den Tisch herangetreten, faßte die große Kristallbowle und führte sie an die Lippen . . . Seine Augen blickten wild und drohend. Plötzlich setzte er die Schale wieder auf den Tisch und rief laut:

„Die Strickleiter! Schnell — die Strickleiter, Beppo! Rettet mich! Fort mit dem Giftbecher . . ."

Zum größten Schreck der Herren nahm er plötzlich das Gefäß und schleuderte es auf die Steinfließen der Veranda, wo es zerschellte, wobei er schrie:

„Zu Hilfe! Das Schiff ist leck! Es sinkt! Achtet auf die geheime Fallklappe unter dem Teppich! Fort mit dem verborgenen Wandschrank . . .!"

Man hörte Brechen und Knacken von Zweigen und Aesten, eilige Schritte nahten, und keuchend drangen zwei Schutzleute mit einigen als Wärter gekleideten Personen aus dem Gebüsch und warfen sich vereint auf den Widerstand leistenden Fremden.

Nachdem ihm die Fesseln angelegt waren, wandte sich der eine Wärter an die in staunender Verwunderung erstarrte Gesellschaft:

„Entschuldigen Sie bitte die Störung, meine Herren . . . Gott sei Dank, daß wir den Burschen endlich erwischt haben, er ist unzurechnungsfähig und vor einigen Stunden aus der Anstalt entflohen . . .", und mit einem quasi entschuldigenden Blick auf die Trümmer der Bowle fuhr er fort:

„Er ist sonst ein ganz gutmütiger Kerl — ein früherer Filmkritiker . . ."

Hallisches Kunstleben.

Johann-Strauß-Abend der Volksbühne.

Der Hunger nach Tanzmusik, nach Tango und Two-step scheint allmählich nachzulassen. Man kann nicht immer schmalziges Walzerragout mit Foxtrott-Soße genießen. Das Bedürfnis nach soliderer Kost regt sich, und da die Kunst der modernen Operettenköche oft versagt, blättert man im Kochbuch rückwärts und greift zu allbewährten und bekömmlichen Gerichten. Sie munden, wie sich gestern abend im großen Saal des „Volksparks" zeigte, auch heute noch dem leider an gepfefferte Kost gewöhnten Gaumen. Denn als Frau Alice v. Boer-Grufelli die Arie der Saffi aus dem „Zigeunerbaron" in den gefüllten Saal sang, fand sie damit ein einstimmiges Echo bei dem frohgebannten Volksbühnenpublikum. Die Musik aus der „Fledermaus" und aus dem „Zigeunerbaron", welche vom Stadttheaterorchester unter Leitung von Hans Stieber schwungvoll zu Gehör gebracht wurde, wird wohl immer für alle Operettenkunst der klassische Maßstab bleiben. Sie mögen kommen wie sie wollen, die neuen Komponisten; den Meister Johann werden sie kaum erreichen. Und wie das wohltut, wieder einmal ein paar echte Wiener Walzer aus der Blütezeit der Gattung zu hören („Künstlerleben, „Rosen aus dem Süden"), diese wohlig-weiche und wohlig-warme, dann wieder keck rhythmisierte, aber immer fein gearbeitete Wiener Walzermusik. Vom Dirigentenpult aus sorgte Hans Stieber für rhythmischen Schwung und musikalischen Schmiß. Für das erkrankte Fräulein Kolb war in letzter Stunde Frau Alice v. Boer-Grufelli eingesprungen. Sie sang mit frischer und gepflegter Stimme die Arie der Saffi aus dem „Zigeunerbaron" sowie den „Frühlingsstimmen-Walzer".

Der verdiente Erfolg blieb den Darbietungen nicht vorenthalten.

H. G.

*

Stadttheater. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr geht Schillers „Maria Stuart" in Szene. Freitag 7½ Uhr findet die wegen plötzlicher Erkrankung eines Hauptdarstellers verschobene Erstaufführung von Schillings Oper „Mona Lisa" statt. Die Oper wird Sonntag wiederholt. Sonnabend nachmittag 3 Uhr (Weihnachtsmärchenvorstellung bei halben Kassenpreisen): „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging". Sonnabend 7 Uhr: „Peer Gynt". Montag: „Die Journalisten", Lustspiel von G. Freytag.

Im Thalia-Theater wird am Sonntag, dem 17. Dezember, abends 7½ Uhr, der Schwank „So'n Windhund" von Kraatz und Hoffmann zum letzten Male wiederholt. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Freie Volksbühne. Für die erste Aufführung des Weihnachtskrippenspiels am Freitagnachmittag 6 Uhr im Thalia-Theater hat sich Frau Dina Mahlendorf in dankenswerter Weise bereit erklärt, ein Solo („Maria durch den Dornwald ging") zu singen. Wiederholung: Montag, den 18. Dezember. Karten in der Geschäftsstelle.

Freie Bühne. „Das siebente Gebot", Sittendrama in 4 Akten von H. Heijermann, wird am Sonnabend, dem 16. Dezember, im großen Saale des „Volksparks" von der Freien Bühne zur Aufführung gebracht. Heijermann zeigt rücksichtslos die Schäden der heutigen Ehe. Der Kartenverkauf hat bereits begonnen. Sie sind in allen durch Plakate gekennzeichneten Verkaufsstellen zu haben. Arbeitslose, welche sich als solche ausweisen, haben freien Zutritt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221214-14/fragment/page=0003

Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa

Leipziger Strasse 88 — UT — **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 1224 — Fernruf 1224

Ab morgen, Freitag, den 15. Dezember 1922:

11 Akte! Das Riesen-Doppelprogramm Das große nordische Filmwerk 11 Akte!

Der Fuhrmann des Todes

Tiefergreifendes Drama in 6 Akten
nach der gleichnamigen Erzählung von Selma Lagerlöf.

„Der Tag": Alles in allem haben wir es hier mit einem Filmkunstwerk zu tun, das aufs neue den ernsten künstlerischen Willen und das Können der schwedischen Industrie und Darstellung bewies . . .

Vorführung: 4.00 6.30 9.00.

Der spannende Detektivfilm

Eine Minute vor Zwölf

Ein Großstadt-Abenteuer in 5 Akten mit **Wil Rogers.**

Vorführung: 5.20 8.00.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Infolge der außergewöhnlichen Länge des Programms Beginn der Abendvorstellung **Punkt 8 Uhr.**

Walhalla-Lichtspiel-Theater — W.T — **Walhalla-Lichtspiel-Theater**
Fernruf 6265 — Fernruf 6265

Ab morgen, Freitag, den 15. Dezember 1922:

Wollen Sie sich gesund lachen?
So gehen Sie zu **Fritz Steidl.**

FRITZ STEIDL
in seiner neuesten Ulkiade

Maharadscha kommt

unter künstlerischer Mitwirkung der bekannten und beliebten
Steffi Steinowitz, Tussy Kühn, Lothar-Erwin Perl.

Casanovas einzige u. wahre Liebe

5 Akte! Die Abenteuer eines Don Juan. 5 Akte!

In bunten Bildern erzählt Casanova die Geschichte der „Großen Liebe seines Lebens", von interessanten, an Frauenliebe und Haß so überreichen Abenteuern.

Dazu ein Lustspiel.

Vorführung: Sonntags 3.30 5.50 8.10
Wochentags 4.30 6.50 9.10

Beginn: Sonntags 3.30 Uhr, wochentags 4.30 Uhr.

Alte Promenade 11a — UT — **Alte Promenade 11a**
Fernruf 5788 — Fernruf 5788

Ab morgen, Freitag, den 15. Dezember 1922:

Der große Zelnik-Mara-Film:

Graf Festenberg

Nach dem Schauspiel **„Graf Festenberg"** aus dem Zyklus 6 Akte „Vom anderen Ufer" von Felix Salten mit 6 Akte
Friedrich Zelnik, Maria Widal, Heinrich Peer, Willy Kayser, Harald Paulsen.

Das anregende gesellschaftliche Leben gräflicher Schloßbewohner erscheint bei diesem Film in fesselndem Gegensatz zum Auswanderer-Elend in Amerika und dem lichtscheuen Treiben verschwiegener Opiumhöhlen der neuen Welt.

Vorführung: 4.40 6.50 9.10.

Der Schrei nach dem Kinde

Amerikanische Goldwyn-Komödie.

Deutscher Großgärtnereibetrieb u. Samenbau

Industrieaufnahme.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa Ufa

SPD

Halle u. Bezirk Merseburg
Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44, Zimmer 23 — Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit. . .

Halle.

Achtung, Ortsbezirke!

Die von einigen Ortsbezirken bereits angesetzten Bezirksversammlungen finden nicht statt. Die Genossen begeben sich vielmehr vollzählig in die Mitgliederversammlung im „Volkspark".

Stadtverordnete der USPD. Freitag abend 7 Uhr, im Parteibureau, Harz 42/44, Zimmer 23 Sitzung.

Bezirksvorstand u. Werbekommission Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr; Gemeinschaftliche Sitzung im Bezirksbüro, Zimmer 23.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Heute, Donnerstag, den 14. Dezember, 7 Uhr, in der Neumarktschule (Hermannstr.): Probe zur Weihnachtsfeier.

Merseburg. Freitag, den 15. Dezemb., abends 8 Uhr, im „Zwölf": Mitgliederversammlung. Berichte vom Unterbezirks- und Bezirksparteitag. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Löbejün. Sonntag, den 17. Dez., abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Petersdorff-Halle. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Friedersdorf. Montag, den 18. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Gasthof zum Stern" öffentliche Volksversammlung. Genosse R. D. H. Schulz (Halle) spricht über „Die Gefahr der Stunde". Sorgt für Massenbesuch.

Vereinsanzeiger

Halle.

Freier Sängerchor. Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal „Stadt Dresden". Aufnahme von sangeslustigen Genossen jederzeit.

Sonnabend, den 16. Dez., 8 Uhr, Thaliasaal:
Einz. Konzert. **Großrussisches Balalaika-Orchester.**
Solist.: Frl. Sokolskaja, W. Rutschkowsky, ehem. Mitgl. d. Russ. Balletts.
Leitung: **Dr. E. Swerkoff.**
Karten 50 bis 200 Mk. bei Heinrich Hothan

Ankauf zu
höchsten Berliner Preisen:
Gold- Silber- Platin-
Brillanten 1711
Wenn Sie ohne Verlust verkaufen wollen, hören Sie unser Angebot. Infolge unserer gut. Beziehungen zahlen wir Ihnen
sehr hohe Preise.
Barfüßerstr. 2 (Laden)
Ernst Boost.

Stadt-Theater. Freitag, abends 7½ Uhr: **Mona Lisa**
Sonnabend nachm.: Wie Klein-Elsa das Christkind suchen ging, abends: **Peer Gynt.**

Thalia-Theater. Sonntag, abds. 7½ Uhr: **So'n Windhund**

ZOO 1729
Freitag, den 15. Dez. abends ½8 Uhr:
Tanzabend.
Volles Orchester! Flotte Musik, ausgeführt vom Seifert-Orchester

Die neuesten Moden in 1716
Halsketten
in Gold, Silber u. Gold auf Silber in größter Auswahl
Juwelier Tittel
Trauringecke.

Damen- Aktien- u. Briefmappen usw. fertigt preiswert an
M. Oehler,
Sagisdorfer Straße 3.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Juwelen kauft lfd. u. höchst. Preisen
KAUFFE
Brüderstr. 9a
(a. Markt)

Leder-
Sohlen, Gummi-Sohlen u. Absätze noch preiswert bei
Wilh. Krunig
Neue Promenade 15
Geöffnet täglich
8—½7 Uhr

Uhren- u. Gold-Reparaturen
Billigste Preisberechnung. Gebrauchte Taschenuhren zu billigsten Preisen
Hermann Koch
Uhrmacher 1580
Pfännerhöhe 1.

Damen-Taschen
Ia Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19
Lederwaren 1553
Spezial-Geschäft.

USPD. Ortsverein Halle a. S.

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark":

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Reichstagsabg. Gen. Hermann Krätzig (Berlin) spricht über das Thema:

Ursache und Lösung der Währungskrise in Deutschland.

Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Kein Trinkzwang. Der Vorstand. 1681

1485
Most
Eine gute deutsche Schokolade

Haus- u. Küchengeräte
Glas u. Porzellan
Geschenkartikel
zum Weihnachtsfest empfiehlt
Reinhold Arndtz, Mücheln 1717

Unentgeltlich prüfe ich Ihre Werte und kaufe zu höchsten Tagespreisen
Gold-
Silber-, Platin-Bruch Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte
sowie sämtliche 1688 Gegenstände in Edelmetall
Hugo Lahl
Große Ulrichstraße 51
Eing. C.-T.-Lichtsp., Hof rechts II.

Achtung! Achtung!
Billiges
Schweine-, Rind- und Hammelfleisch
bei 1732
Hugo Lüttich,
Friedrichstr. 34 :: Telephon 9078.

Größte Auswahl! Billigste Preise!
Bettstellen, Matratzen, Kinderwagen
: Reform-Unterbetten, Steppdecken :
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung!
Alleiniges Spezialgeschäft am Platze
Bruno Paris, Halle a. S.,
Kl. Ulrichstraße 2 (Eing. Kanzleigasse). 1732

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Um meiner werten Kundschaft für das Weihnachtsfest **etwas ganz Besonderes zu bieten,** haben wir uns entschlossen
4 billige Tage
zu veranstalten.
Deshalb gebe ich Ihnen noch Gelegenheit am **Freitag, Sonnabend, Sonntag** und **Montag** günstige Einkäufe zu machen.
Für unser großes Lager in
Herren-Ulstern
haben wir den Einheitspreis auf
7800 Mk.
festgesetzt.
Herren-Joppen, gefüttert, in prima Qualität 12000 bis **7200**
Monteur-Anzüge in bester Verarbeitung **6600**
Extra große, schwere Schlafdecken 8500 bis **2000**
sowie sämtliche
Herren- und Damen-Unterwäsche
in bester Qualität und Verarbeitung
Textil-Handelsgesellschaft m.b.H.
vorm. Reinke, Halle a. d. S., Leipzig. Str. 55, I
am Riebeckplatz 1762
Sonntags geöffnet!

Ich kaufe getragene und neue Herr.-Anzüge, Joppen Jacketts, Hosen, Militär-Jacketts, -Röcke, -Hosen, Wäsche, Pfandscheine, Stoffe usw. 15 6 **Hammer** Rathausstr. 17, Hof I.

Jeder Herr trägt meine guten **Gummi-Sockenhalter** Paar nur **200.—** Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2. Eing. Storastr.

Druckarbeiten
liefert in jeder Ausführung die
Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H.
Fernsprecher 6605

Stempel
liefert
Otto Schneiders Stempelfabrik
Halle, Kaiserstraße 8
Tel. 1788

Am Riebeckplatz — **Licht-C.T.-Spiele** — **Große Ulrichstraße**

Ab morgen, Freitag:
Ein Werk das Jed. Auge entzückt
Konflikt
7 Akte — Ein Riesen-Filmwerk gewaltiger dramat. Wucht im Rahmen unbeschreibl. Naturschönheiten. — 7 Akte
Priscilla Dean
Amerikas größte und gefeiertste Tragödin, in der Rolle der **Dora Randon.**

Gastspiel Dir. Willi Schur
Zum Einsiedler
Lustspiel von Benno Jacobson, Spielleitung: Dir. W. Schur.
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Ab morgen, Freitag:
2 Erstaufführungen 2
Der tote Hochzeitsgast
Filmballade nach Heinrich Heine.
Don Ramiro
5 Akte — Vor uns steht ein Werk hoch über dem Niveau bisher geseigter Filmschlag. — 5 Akte
Hierzu:
Einbrecher wider Willen
Ein reisendes amerikanisches Filmspiel in 5 Akten mit
Jack Pickford in der Hauptrolle. 1725
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Es ist uns gelungen,
noch eine kleine Anzahl
Bildas Geheimnis
zu erhöhtem Preis nachgeliefert zu erhalten.
80 Mark
und 15 Mark Porto
kostet ab heute jedes Exemplar. Als Geschenk sehr gut geeignet!!
Volksblatt-Buchhandlung
nur Gr. Ulrichstr. 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221214-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Dezember 1922.

Heute abend 8 Uhr

geht jeder Hallische Sozialdemokrat nach dem „Volkspark" in die Mitgliederversammlung der VSPD., in welcher Reichstagsabg. Genosse Krätzig (Berlin) über die Ursachen und die Lösung der Währungskrise sprechen wird.

Immer wieder die Straßenbahn.

Entgegen den Beschlüssen des Magistrats und des Haushaltsausschusses, den Einheitsfahrpreis der Straßenbahn auf 40 Mk. festzusetzen, entschied sich die große Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung bekanntlich für einen Einheitspreis von 35 Mk., außerdem wurden die Preise für Vergünstigungsfahrkarten wesentlich niedriger festgesetzt. Auf Grund des § 66 des Betriebsrätegesetzes protestiert der Betriebsrat der Straßenbahn in einer an den Magistrat und die Verkehrsdeputation gerichteten Entschließung gegen diesen nach seiner Ansicht gegen die Interessen der Straßenbahn gerichteten Beschluß. Während fast sämtliche Straßenbahnbetriebe des Reiches schon seit langem die Tarife ganz erheblich heraufgesetzt haben, und weiter die Taktik der Erhebung von niedrigen Fahrpreisen sich in Halle als unzweckmäßig erwiesen hat, hat die Stadtverordneten-Versammlung einen Beschluß gefaßt, der geradezu als katastrophal bezeichnet werden muß. Die Notwendigkeit des Wechselns würde den Betrieb noch weiter verlangsamen und zudem den „Nassauern" eine willkommene Gelegenheit zur Freifahrt geben.

Weiter steht der Betriebsrat auf dem Standpunkt, daß die Festsetzung der Tarife nicht wie bisher durch die Stadtverordneten-Versammlung erfolgen solle, sondern daß dieselbe gemeinsam von der **Direktion, Betriebsrat und Deputation** festgelegt und nach Genehmigung des Magistrats sofort zur Einführung gelangt. Dadurch würde nach seiner Ansicht im Interesse des Betriebes schneller gearbeit werden können, da, wie bereits mehrmals geschehen, eine unbedingt notwendige Einführung von höheren Tarifen nicht durchgeführt werden konnte, weil zunächst erst die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung dazu geben mußte, was naturgemäß eine Hinausschiebung auf acht Tage und länger bedingte. Die Straßenbahn-Deputation konnte sich in ihrer gestrigen Sitzung den vom Betriebsrat vorgetragenen Gründen nicht verschließen und beschloß, dem Magistrat zu empfehlen, so zu verfahren. Und so wird sich denn die am Montag stattfindende Stadtverordnetensitzung dieses Jahres wieder mit der leidigen Straßenbahnfrage zu beschäftigen haben. Der Magistrat tritt nach wie vor für den 40-Mark-Preis und die Verdoppelung der Vorzugskartenpreise ein.

Der Steuerabzug.

Zur Beseitigung hervorgetretener Zweifel macht das Finanzamt Halle darauf aufmerksam, daß durch das neue Einkommensteuer-Abänderungsgesetz die gesetzlichen Abzüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn, wie sie seit 1. August 1922 bestehen, für das Steuerjahr 1922 eine weitere Aenderung nicht erfahren haben.

Vom 1. Januar bis 31. Juli 1922 wurde der Betrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes ermäßigt für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um je 4,80 Mk. wöchentlich oder 20 Mk. monatlich, für jedes minderjährige Kind um 7,20 Mk. wöchentlich oder 30 Mk. monatlich, an Werbungskosten usw. (§ 13, Ziffer 1 bis 7, Einkommensteuergesetz) um 10,80 Mk. wöchentlich oder 45 Mk. monatlich. Vom 1. August 1922 an bis zum Schlusse des Kalenderjahres betragen diese Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau 9,60 Mk. wöchentlich oder 40 Mk. monatlich, für jedes minderjährige Kind 19,20 Mk. wöchentlich oder 80 Mk. monatlich, an Werbungskosten usw. 21,60 Mk. wöchentlich oder 90 Mk. monatlich.

Diesen Beträgen entsprechen die in dem Abänderungsgesetz jetzt festgelegten, für die Veranlagung der Einkommensteuer für 1922 maßgebenden Jahresabzüge von je 340 Mk. für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei Einkommen bis 300 000 Mk. und von 610 Mk. für jedes minderjährige Kind bei Einkommen bis zu 1 Million.

Die Steuerbücher für 1922 kommen im Januar 1923 zur Ablieferung und unterliegen der Nachprüfung durch das Finanzamt. Den Arbeitgebern ist hiernach die Möglichkeit, Unstimmigkeiten in den Steuerbüchern für 1922 zu beseitigen, nur noch kurze Zeit gegeben. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften ahndet das Einkommensteuergesetz mit hohen Strafen. Auch haftet dem Reiche für die Einbehaltung und Entrichtung der Steuerbeträge neben dem Arbeitnehmer der Arbeitgeber als Gesamtschuldner.

Invalidenrente.

Durch das Gesetz vom 10. November 1922 sind ganz erhebliche Aenderungen in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eingetreten. Bisher war zum Bezug der Altersrente der Nachweis von 1200 Beitragswochen erforderlich. Sehr oft hatten Versicherte bei Vollendung des 65. Lebensjahres nicht die erforderlichen 1200 Marken und konnten dieserhalb die Rente nicht erhalten. Durch das neue Gesetz ist diese Bestimmung und die Bezeichnung „Altersrente" gänzlich in Wegfall gekommen. — Es gibt nunmehr nur noch die Bezeichnung Invalidenrente.

Anspruch auf Invalidenrente hat demnach jeder Versicherte bei Vollendung des 65. Lebensjahres. Bedingung ist, daß 200 Marken, von denen mindestens 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sein müssen, vorhanden sind. Sind keine Pflichtmarken geklebt, müssen 500 freiwillige Beitragswochen nachgewiesen werden. Weiter muß die Anwartschaft aufrechterhalten sein. Dieses ist der Fall, wenn innerhalb zwei Jahren von dem auf der Invalidenkarte verzeichneten Ausstellungstage an 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet sind. Der Nachweis der Invalidität ist bei Versicherten nach Vollendung des 65. Lebensjahres nicht erforderlich.

Der Antrag auf Invalidenrente ist bei dem zuständigen Versicherungsamt, unter Vorlegung der Geburtsurkunde, der Invalidenkarte und der Aufrechnungsbescheinigungen über die umgetauschten Invalidenkarten zu stellen. Diese Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 1923 in Kraft. (Das Versicherungsamt für die Stadt Halle befindet sich im Stadthaus, Eingang Schmeerstr. 1.)

*

Notstandsmaßnahmen für Invalidenrentner.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch zu einem Verordnungsentwurf der Regierung über Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentner Stellung. Die Regierung wollte die Unterstützungsgrenze auf jährlich 36 000 Mk. festsetzen. Auf Antrag unserer Parteigenossen wurden dafür 43 200 Mk. eingesetzt und die Sätze für Witwen- und Waisenunterstützung auf 34 200 Mk. bzw. 19 200 Mk., die Kinderzuschläge auf 3600 Mk. erhöht, nachdem ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei, die Kinderzuschläge auf 6000 Mk. zu erhöhen, die Billigung des Ausschusses nicht gefunden hatte.

Bei der Berechnung des Einkommens aus der Rente wird künftig nur die Rentenzulage in Betracht gezogen; Arbeitseinkommen wird bis zu 36 000 Mk. nicht angerechnet. Bis zu 9600 Mk. bleibt die Summe außer Anrechnung, die auf Grund von Militärversorgungsgesetz oder Reichsversorgungsgesetz oder Knappschaftsversicherung, privater Unterstützung usw. bezogen wird. Die Vertreter der Regierung erklärten anläßlich der Beratung, daß in der allernächsten Zeit eine Novelle zu dem Gesetze zu erwarten sei und daß dann entscheidende Aenderungen am Gesetz vorgenommen werden könnten. Genosse Karsten verlangt zum Schluß noch, daß die erhöhte Unterstützung schnellstens ausgezahlt wird.

Die große Not der Gemeinden.

Neue Steuern als Hilfsmittel.

Am Mittwochvormittag fand im Reichstag eine öffentliche Besprechung der Vertreter des Deutschen Städtetages, des Reichsverbandes deutscher Städte und der Kommunalverbände mit Vertretern des Reichstages über die Finanzlage **der Städte und Gemeinden** statt. Der Deutsche Städtetag unterbreitet dem Reichstag zu dem vorliegenden Enwurf eines neuen Landessteuergesetzes einige Vorschläge, in denen die Erhöhung des Anteils der Gemeinden und Länder an der Einkommensteuer auf drei Viertel des Eingangs und Beschleunigung der Zahlung der fälligen Anteile gewünscht wird. Vorgeschlagen wird, die Uebernahme von 90 Prozent der Gehälter der Beamten und Angestellten sowie Arbeiter der Gemeinden durch das Reich. Sehr eindringlich wurde die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 3 Prozent gefordert.

Oberbürgermeister Blüher (Dresden) unterbreitete diese Vorschläge, denen sich namens der bayerischen Städte der Münchener Oberbürgermeister Schmid und für den Reichsstädtetag Oberbürgermeister Belian (Eilenburg) anschlossen. Auch je ein Vertreter des Verbandes deutscher Landkreise und des Deutschen Landgemeindetages sprachen in diesem Sinne. Eine Aussprache fand nicht statt. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine Besprechung mit den Vertretern der Fraktionen.

*

Ueber die große Not der Städte besteht kaum ein Zweifel. Die Frage aber ist, ob die Erhöhung der Umsatzsteuer der Weg zur Beseitigung dieser Not ist. Der Entwurf des Landessteuergesetzes sieht eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent vor. Die Vertreter der Städte forderten einmütig eine Erhöhung auf 3 Prozent. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer bedeutet eine neue Belastung des Verbrauchs und eine unumgängliche Erhöhung sämtlicher Preise. Unter dieser neuen Last wird nicht nur der einzelne, sondern jede öffentliche Körperschaft zu leiden haben. Der Vorteil, den die Gemeinden aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer im Augenblick ziehen würden, wäre infolge der Preissteigerungen sofort wieder illusorisch, und die Gefahr des Zusammenbruchs wäre eher verschärft als gemindert. Nur eine dauernde Gesundung der gesamten Reichsfinanzen kann die Wurzeln der Geldentwertung treffen und den Gemeinden helfen.

Städtische Not und Notgeld.

Der Reichsfinanzminister hat im Einverständnis mit dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe die Umlaufszeit für das mit seiner Genehmigung ausgegebene Notgeld bis zum 5. Febr. 1923 verlängert. Spätestens bis zu diesem Tage ist alles Notgeld aufzurufen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf solche Notgeldbeträge, die am 5. Februar noch nicht zwei Monate im Umlauf sind, sowie auf Scheine, denen ein früherer Verfallstag aufgedruckt ist. Mit dem Beginn des 5. Februar darf neues Notgeld nicht mehr ausgegeben und an den Aussteller zurückgelangtes Notgeld nicht mehr in Umlauf gesetzt werden. Das Verbot der weiteren Ausgabe von Notgeld wird mit der Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln begründet. Die Reichsbank ist in der Lage, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Zurückziehung des Hallischen Notgeldes.

Nach einer an anderer Stelle veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats wird das von der Stadt Halle zur Hebung des Zahlungsmittelmangels unterm 25. September 1922 herausgegebene Notgeld in Scheinen zu 100 und 500 Mk. in den nächsten Wochen aus dem Verkehr zurückgezogen. Die Einlösung gegen Reichsgeld erfolgt bis zum 5. Januar 1923 durch die hiesigen Banken und städtischen Kassen. Bis zu diesem Tage kann das Notgeld auch weiter als Zahlungsmittel benutzt werden. Es liegt sogar im Interesse des Publikums, das Notgeld nicht restlos schon in den ersten Tagen zum Umtausch zu bringen, da sonst unliebsames Warten bei den Banken und Kassen unvermeidlich ist. Eine glatte Abwickelung des Umtausches wird sich am besten dadurch erreichen lassen, daß Geschäftsleute usw. das in ihren Händen befindliche Notgeld bei den ihnen nahestehenden Banken zur Einlösung bringen und die Scheine nach Werten geordnet und gebündelt abgeben.

Falsche Preispolitik bei der Reichsbahn.

Die neuen Fahrpreiserhöhungen bei der Eisenbahn bringen eine Reihe Mängel mit sich, über die mit Recht Beschwerde geführt wird. Es ist eine auffallende Tatsache, daß die Steigerung bei der 4. Wagenklasse am größten ist. Bisher kostete ein Kilometer Bahnfahrt in der 4. Klasse 90 Pf., vom 1. Dezember 1,80 Mk. = 100 Prozent Aufschlag. In der 1. Klasse betrug der Preis bisher 4,50 Mk., vom 1. Dezember 8,10 Mk. = 80 Prozent Steigerung. Mit welchem Recht wird die niedere Wagenklasse prozentual höher belastet? Ein Abteil der höheren Klassen ist durchschnittlich für vier bis sechs Personen eingerichtet, ein solches der 3. und 4. Klasse für acht Personen. Es bringen der Bahn bei voller Besetzung demnach pro Kilometer ein Abteil:

1.	Klasse	4×8,10 = 32,40	Mk.,
2.	Klasse	6×4,50 = 27,00	„
3.	Klasse	8×2,70 = 21,60	„
4.	Klasse	8×1,80 = 14,40	„

In Wirklichkeit bringt ein Abteil der 4. wie auch der 3. Klasse, infolge regelmäßiger Ueberfüllung, weit mehr als den doppelten Betrag. Zieht man noch die Ausstattung der 1. und 2. Wagenklasse in Betracht, so ergibt sich für diese Wagen eine direkt lächerliche Verzinsung, während die übrigen Klassen den Hauptteil der Einnahmen bringen bei relativ geringeren Aufwandskosten. Warum wird hier nicht nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren?

Wenig glücklich ist es auch, daß bei der Lösung von Arbeiter-Wochenkarten oder -Monatskarten für kurze Strecken ein höherer Kilometerpreis wie für längere entrichtet werden muß. Wer beispielsweise die kurze Strecke von Halle nach Ammendorf oder nach Hohenthurm fährt, muß denselben Preis zahlen, als wenn er eine 11 Kilometer lange Eisenbahnfahrt zurücklegt. Weiter wird es für die Bahnreisenden allgemein als eine Benachteiligung empfunden, daß es noch immer die sogenannten verbilligten Militärfahrkarten für die auf Urlaub fahrenden Militärpersonen gibt, obgleich diese seit der Revolution nicht mehr Löhnungsempfänger sind, sondern wie jeder andere Beamte als Gehaltsempfänger zu gelten haben. Die Voraussetzungen, die früher bei Verabfolgung einer Militärfahrkarte gerechtfertigt waren, sind längst überholt. Solche Ausnahmen sind nicht mehr begründet.

*

Die Fahrgelderstattung im Eisenbahnverkehr.

Um das Verfahren bei der Erstattung von Fahrgeld zu beschleunigen und zu vereinfachen, hat der Reichsverkehrsminister nunmehr die selbständige Erledigung solcher Anträge den größeren Bahnhöfen übertragen. Hierdurch ist es den Reisenden möglich, ihre Anträge mündlich und unmittelbar im Anschluß an die Reise anzubringen. Die Dienststellen werden in den meisten Fällen in der Lage sein, die Anträge sofort zu erledigen und die Reisenden zu befriedigen, wodurch das jetzt übliche Schreibwerk sowohl für den Reisenden als auch die Reichsbahn erspart wird. Voraussetzung ist hierbei, daß die Erstattung auf der Station beantragt wird, auf der die Reise begonnen, beendet oder abgebrochen worden ist und daß das zur Berechnung erforderliche Tarifmaterial zur Verfügung steht. Außerdem muß auf der Fahrkarte bahnamtlich einwandfrei bescheinigt sein, inwieweit sie nicht ausgenutzt worden ist. Wenn die Fahrkarte bei einem Reisebureau gelöst oder Gepäck auf sie aufgegeben worden ist oder es sich um Fahrkarten zu ermäßigten Preisen handelt, muß die Fahrgelderstattung in der seitherigen Weise beantragt werden.

Anträge, zu deren Erledigung die Dienststelle nicht zuständig ist, werden unter Ausfüllung eines Vordrucks entgegengenommen und an die regelnde Stelle weitergeleitet. Von jedem aus Billigkeitsrücksichten zu erstattenden Betrage werden 10 v. H., mindestens 5 Mk., für Verwaltungskosten gekürzt, Restbeträge unter 5 Mk. werden nicht zurückgezahlt.

* **Umzugskostenbeihilfen.** Die Not der Zeit zwingt immer mehr Kleinrentner und Pensionäre dazu, ihre Wohnung aufzugeben und mit Verwandten oder Bekannten zusammenzuziehen. Wie aus einer Bekanntmachung des Magistrats ersichtlich ist, werden die Umzugskostenprämien in ihren Höchstsätzen vom 15. Dezember 1922 an von 2500 bzw. 3000 Mk. auf 5000 bzw. 6000 Mk. erhöht. Noch nicht genügend bekannt zu sein scheint es, daß neuerdings Beiträge bis zur gleichen Höhe auch solchen Wohnungsinhabern gewährt werden können, die ihre in zwei oder mehrere selbständige Wohnungen teilbare Wohnung freiwillig aufgeben und eine ihnen vom Wohnungsamt zugewiesene kleinere Wohnung beziehen. Hierdurch wird solchen Personen, die von früher her eine Großwohnung besitzen, die sie bei den steigenden Mieten nicht mehr halten können, Gelegenheit geboten, sich unter Ersparnis teurer Umzugskosten in ihren Wohnungsbedürfnissen einzuschränken.

* **Der Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin und Jugendleiterin.** Von der Städtischen Frauenschule werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Seit 1911 ist die Ausbildung der Kindergärtnerin in Preußen staatlich geregelt und durch die der Jugendleiterin ergänzt und erweitert worden. 1915 kam die der Kindergärtnerin gleichwertige Ausbildung der Hortnerin hinzu. Zur Ausbildung als Kindergärtnerin und Hortnerin kann jedes junge Mädchen zugelassen werden, das von einem Lyzeum, einer zehnstufigen Mädchenschule oder einer neunklassigen Mittelschule das Abschlußzeugnis besitzt. Zur Ausbildung als Jugendleiterin gehört aber stets die zehnjährige Schulbildung am Lyzeum oder höherer Mädchenschule, wie bei den Gewerbelehrerinnen, während zur technischen Lehrerin auch Mittelschülerinnen ausgebildet werden können. Die Ausbildung der Kindergärtnerin und Hortnerin ist zweijährig, sie endet mit der staatlichen Prüfung. Das staatliche Zeugnis als Kindergärtnerin oder Hortnerin berechtigt dazu, Gehilfin in größeren Kinderanstalten oder Leiterin kleiner Kindergärten oder Horte zu werden oder in Familien tätig zu sein. Soll die Jugendleiterinnenausbildung später aufgesetzt werden, so ist ein praktisches Jahr unter anerkannter Aufsicht abzulegen. Während dieses praktischen Jahres wird meist ein kleines Gehalt oder freie Station, oft beides gewährt. Die Ausbildung als Jugendleiterin nimmt dann ein weiteres Jahr in Anspruch. Sie berechtigt zur Leitung größerer Kindergärten, Kinderhorte, Kinderheime oder ähnlicher Anstalten und zu unterrichtlicher Tätigkeit an Frauenschulen und anderen Ausbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen und an Kinderpflegerinnenschulen. Die Berufsaussichten für die Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen sind gut, es ist stets mehr Nachfrage als Angebot von Kräften vorhanden. Das Gehalt ist, da jetzt eine große Anzahl der Kinderanstalten städtisch oder staatlich sind, den Zeitverhältnissen angepaßt; für die Familienkindergärtnerin verlangt der Tarif der Berufsorganisation Gruppe 5 der Reichsbesoldungsordnung. Hier in Halle geschieht die Ausbildung als Kindergärtnerin, Hortnerin und Jugendleiterin der Städtischen Frauenschule, Burgstraße 45. Die Kurse beginnen zu Ostern.

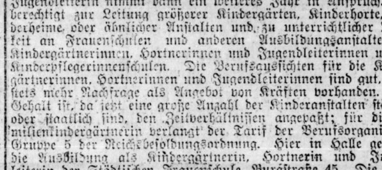
* **Das Ende der unendlichen Wechselstuben,** die fast in allen Städten wie Pilze aus der Erde schießen, naht. Die Handelskammer-Bescheinigungen, die auf Grund des Devisenbankgesetzes erteilt wurden, verlieren mit dem 13. Dezember ihre Gültigkeit. Dadurch wird allen nicht von Banken und Bankiers betriebenen Wechselstuben die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Der Reichswirtschaftsminister hat die Landesbehörden ermächtigt, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung einzelne Wechselstuben ausnahmsweise über den 13. Dezember hinaus zuzulassen, wenn zwingende örtliche Bedürfnisse vorliegen. Entsprechende Anträge der Inhaber von Wechselgeschäften sind an die zuständigen Handelskammern zu richten.

Versammlungen und Veranstaltungen.

Arbeitslosenversammlung. Am Freitag, dem 15. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen statt. Tagesordnung: „Welche Forderungen erheben die Arbeitslosen?" Arbeitslosen-Kontrollkarte und Verbandsbuch sind als Ausweis mitzubringen.

Parteigenossinnen und -genossen! Teilnehmerkarten für die Arbeitsgemeinschaft in der Luisenschule, Große Steinstraße 60 (Haupteingang), Zimmer 22, sind noch am Sonnabend, dem 16. Dezember, vor 7 Uhr abends, zu haben. Karten für die ersten zwölf Abende 120 Mk., Einzelkarte 20 Mk.

Jungsozialisten! Die Weihnachtsgeschenke von Mitgliedern der Gruppe untereinander zu tauschen, wird Gelegenheit gegeben insofern, als diese, mit einer äußeren Umhüllung von Zeitungspapier versehen, in der „Volksblatt"-Buchhandlung, Große Ulrichstraße 27, von heute an abgegeben werden können. Auf der inneren Hülle sind — neben dem Namen des Empfängers — auch etwaige Widmungen anzubringen. Die Ausgabe erfolgt offen mit Verlesung der schriftlichen Zusätze bei unserer Weihnachtsfeier am Dienstag, dem 19. Dezember, im Jugendheim, Weidenplan 20 (linke Haustür). Scherzartikel-Päckchen, mit deren Inhalt jedermann einverstanden sein kann, werden zugelassen. Der Vorstand.



1718

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221214-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Minister Oeser beurlaubt.

Der Provinzialausschuß hatte sich in seiner am Mittwoch abgehaltenen Sitzung mit der Sachlage zu beschäftigen, die durch den Eintritt des Landeshauptmanns Oeser in die Reichsregierung entstanden ist. Der Provinzialausschuß kam einmütig zu dem Entschluß, den Landeshauptmann, entsprechend seinem Wunsche, nicht aus den Diensten der Provinz zu entlassen, sondern ihn vielmehr bis auf weiteres zu beurlauben unter der Voraussetzung, daß er, soweit er dazu imstande ist, sich die Angelegenheiten der Provinzialverwaltung angelegen sein läßt. Die Stellvertretung ruht in den Händen des Geh. Regierungsrates Dr. Hübener, dem die Linke des Provinziallandtages dieses Amt übertragen hatte.

Weiter beschloß der Ausschuß, der Zurruhesetzung des Landesbaurats Linsenhoff, der augenblicklich in einer Heilanstalt untergebracht ist, unter Gewährung des reglementsmäßigen Ruhegehalts zuzustimmen. Ueber die sonst noch beschlossenen Personalveränderungen in den oberen Stellen der Provinzialverwaltung heute schon Mitteilung zu machen, erscheint uns nicht angezeigt. — Weiter beschloß der Provinzialausschuß, die Provinzial-Taubstummenanstalt in Osterburg wegen schwacher Besetzung alsbald aufzulösen und in ein Aufnahmeheim für 50 bis 60 schulpflichtige Fürsorgezöglinge einzurichten. Zu einer Hilfsaktion für die notleidende rheinische Bevölkerung wurden 250 000 Mk. bewilligt.

Vertrauensmänner-Konferenz der Leunawerkearbeiter

Der kommunistische Schwindel entlarvt.

Eine von den am Tarifvertrage der Chemischen Industrie, Sekt. Vb, beteiligten Organisationen einberufene Sitzung der Gewerkschafts-Vertrauensleute beschäftigte sich mit dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. Aus dem Bericht des Geschäftsführers des Fabrikarbeiter-Verbandes, des Kollegen Seyfarth, ging hervor, daß sich die Zulagen in der ersten Hälfte des Dezember auf rund 61 Prozent und in der zweiten Dezemberhälfte auf 78 Prozent gegen den Vormonat belaufen. Die Löhne der Vollarbeiter (über 21 Jahre) betragen demnach:

vom	1.	bis	15.	Dezember	für	ungelernte Arbeiter	296	Mk.,
„	1.	„	15.	„	„	angelernte Arbeiter	304	„
„	1.	„	15.	„	„	Handwerker . . .	312	„
„	16.	„	31.	„	„	ungelernte Arbeiter	327	„
„	16.	„	31.	„	„	angelernte Arbeiter	336	„
„	16.	„	31.	„	„	Handwerker . . .	345	„

Für verheiratete Frauen 209 bzw. 281 Mk. Für sonstige weibliche Beschäftigte von 14 bis 20 Jahren: 79 bis 199 Mk., bzw. 88 bis 290 Mk. pro Stunde, einschl. Leunazulage. Ferner eine unwesentliche Erhöhung der sozialen Zulagen. Die Schaffung eines Ausgleichs zwischen den Zulagen der Angestellten und Arbeiter wurde nach einem Bericht des Betriebsratsvorsitzenden Kollegen Daniel von der Tarifkommission aus den bereits bekannten Gründen abgelehnt. Im weiteren gab Daniel bekannt, daß unter Beibehaltung der wöchentlichen Lohnzahlungen die Verrechnung des Lohnes vom Zahltag 51 an 14tägig erfolgen soll; diese Aenderung sei unbedingt notwendig für eine rechtzeitige Fertigstellung der Lohnzahlungen und zur Vermeidung regelmäßiger Ueberstunden in den Lohnbureaus.

Die Aussprache war, trotz des großen Interesses, welches die Belegschaft gerade diesen Fragen entgegenbringt, eine recht mangelhafte. Der Grund hierfür war natürlich leicht erkennbar. Schon vor Beginn der Sitzung setzte eine recht ungeschickte Geschäftsordnungsdebatte ein. Einige Vertrauensleute verlangten den Bericht des aus Ludwigshafen anwesenden Kollegen Frenzel zuerst entgegennehmen zu wollen, ein anderer, und noch dazu eine ganz besondere Glanznummer, verlangte, den durch Wahlschwindel zum „Betriebsräte“-Kongreß „entsandten“ Delegierten Koenen zuerst reden zu lassen usw. In jedoch nicht mißzuverstehender Weise wurde diesen „Auchvertretern“ begreiflich gemacht, daß die Zeiten, in denen sich die Leunawerksarbeiter von jedem Maulaufreißer durcheinanderwürfeln lassen, endgültig vorbei sind. Wie mag dem langen Drahtzieher aus der Seffnerstraße nur zumute gewesen sein, als er, an der Tür des Versammlungsraums horchend, sein Urteil empfing und dann von dannen ziehen mußte?

Der Bericht des Ludwigshafener Kollegen zeigte ebenfalls — abgesehen von einigen Unrichtigkeiten und Schimpfereien auf die „Gewerkschafts-Bureaukraten“ — nur, wie Gewerkschaftskämpfe nicht geführt werden dürfen, er zeigte aber ferner — und das war unseren kommunistischen Freunden durchaus unangenehm —, **daß die KPD.-Presse zur besseren Durchführung ihrer Putschtaktik die Arbeiterschaft in glänzender Weise angelogen hat.**

Es wurde einwandfrei festgestellt, auch von dem aus Ludwigshafen anwesenden Arbeiterratsmitglied zugegeben, daß über Einführung der 10stündigen Arbeitszeit in Ludwigshafen bisher von keiner Seite ein Wort gefallen ist.

Es konnte ferner festgestellt werden, daß die in der Nr. 285 des „Klassenkampf“ mitgeteilte Schießerei der sog. Provokateure auf Streikposten sich jedenfalls nur in dem Hosenboden eines Ueberradikalinskis vollzogen hat.

Es konnte ferner festgestellt werden, daß der „große Waffenfund“ in den Anilinwerken, Fa. Gulini, (mitgeteilt in derselben Nummer des Hallischen „Klassenkampf“) aus einer Sammlung fremdländischer Waffen besteht, die von zwei Angestellten dieses Betriebes, jedenfalls der größeren Sicherheit halber, im Betriebe versteckt und durch Verrat gefunden wurden.

Aber noch gemeingefährlicher als die vorstehenden Schwindeleien sind die Behauptungen dieser Arbeiterpresse, nach der die Gewerkschaften und die VSPD.-Vertreter Verrat geübt haben sollen.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Gewerkschaften nach den uns ausgehändigten Mitteilungen der Ludwigshafener Streikleitung von allem Anfang an gemeinschaftlich mit dem dortigen Arbeiter- und Angestelltenrat versucht haben, die Entlassung zu verhindern und Schaden und Nachteile von der Belegschaft fernzuhalten. Daß dies nicht gelang, kann weder den Gewerkschaften, noch deren Vertreter in die Schuhe geschoben werden.

Und auch gegenwärtig bemühen sich die dortigen Gewerkschaften, den Kampf in einer von dem Gros der Arbeiterschaft gewünschten Weise zu beenden.

Es zeigt sich hier dasselbe Bild wie im Vorjahre in Mitteldeutschland, vornehmlich in den Leunawerken. Erst wird zum Sturm geblasen, und wenn dann die Arbeiterschaft geknebelt am Boden liegt, dann werden den Gewerkschaften die kommunistischen Schmutzkübel über die Köpfe gegossen. Und das nennen diese Leutchen „Befreiungskampf“.

Wir wollen hoffen, daß die gesamte Arbeiterschaft das ihr innewohnende Solidaritätsgefühl in vollem Umfange betätigt und mit dazu beiträgt, daß das Geld aufgebracht wird, das zur Unterstützung der durch die Dummheit und Frivolität der kommunistischen Drahtzieher ins Unglück gestürzten Familien unserer Ludwigshafener Kollegen unbedingt notwendig ist.

Wer macht's nach?

Ein erfreuliches Zeichen parteigenössischer Tatkraft.

Aus Grünewalde im Falkenberger Unterbezirk geht uns folgender Bericht zu:

„Die erfolgreich durchgeführte Werbewoche führte der VSPD.-Ortsgruppe 40 neue Parteimitglieder und mehr als 30 Zeitungsleser zu. Das Resultat ist jedoch noch nicht endgültig, da einige Bezirke noch nicht berichtet haben. Wir müssen die Genossen ersuchen, ihre Werbearbeit am nächsten Sonntag zum Abschluß zu bringen, damit das Endresultat der Parteiversammlung vorgelegt werden kann und wir das zweite Hundert Parteimitglieder mustern können. Gewiß ein erfreuliches Resultat: Von 1700 Einwohnern, welche unser Ort zählt, 200 eingeschriebene Parteimitglieder. Doch stehen noch viele Arbeiter abseits. Auch diese müssen gewonnen werden. Auf, Genossen, auf den Plan zu neuer Arbeit!

Bravo Genossen!

Grünewalde. Aus der Parteibewegung. Die letzte Parteiversammlung nahm den Bericht vom ersten Bezirksparteitag der VSPD. entgegen. Die Versammlung bekannte sich einstimmig zur Haltung des Bezirkstages und erkannte die gefaßten Beschlüsse als bindend an. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse der letzten Gemeindevertreter-Sitzung und des letzten Kreistages des Kreises Liebenwerda wurde gleichfalls berichtet. Ein Vortrag über das Reichsmietengesetz wurde, da die Versammlung schon überlastet war, abgesetzt und soll später gehalten werden. Gewünscht wurde, daß die Versammlungen weniger berichtend und mehr erziehend und aufklärend sein sollen. Dem soll entsprochen werden.

Braunsdorf. Treibriemendiebstahl. Im Abraumbetrieb der Grube Pfännerhall stahlen Diebe den Treibriemen einer Kreissäge. Sie benutzten einen Moment in den Abendstunden, in welchem der Wärter die Säge einige Augenblicke verlassen hatte. Dem oder den Dieben scheint man auf der Spur zu sein.

— Unglücksfall. Im Fabrikbetrieb der Grube Pfännerhall verunglückte der Arbeiter Albert Sickert jun. Der Unglückliche kam unter ein Kohlenband und erlitt schwere innere Quetschungen. Nach rascher ärztlicher Hilfe wurde er durch ein Auto ins Krankenhaus überführt.

Bretzsch. Großmutter und Enkel ertrunken. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntagnachmittag in der Nähe von Sachau. — Der 1[illegible]jährige Otto Richter war aus Berlin zu seiner hier in der Fischerstraße wohnenden Großmutter gekommen, um Mispeln für die in Berlin wohnenden Engländer zum Weihnachtsfest zu holen. Beide begaben sich nach der Sachauer Flur, um ihr Vorhaben auszuführen. Beim Ueberschreiten der 2 bis 3 Meter breiten und 2 Meter tiefen sogenannten Rinne, ein Bach, der den Dix- und Hirtenkolk verbindet, brach Otto Richter ein; seine Großmutter, die ihn retten wollte, brach ebenfalls ein und beide mußten ertrinken.

Kleinwittenberg. Einbrecher am Werk. In den ersten Frühstunden drangen gestern Einbrecher in die hiesige Christuskirche ein und raubten allerlei Gegenstände von erheblichem Wert. Dieselben Einbrecher drückten dann eine Schaufensterscheibe des Kaufmanns Hildmann ein und raubten drei Ballen Stoff. Auf den hinzukommenden Kaufmann Hildmann gaben die Einbrecher einen Schuß ab, der jedoch fehlging. Die Ermittelungen sind von der Kriminalpolizei aufgenommen worden.

Wolfen. Eisenbahnunfall. Hier entgleiste ein Wagen eines aus Leipzig kommenden Güterzuges und versperrte eine beträchtliche Zeit die Gleise. Menschenverluste sind nicht zu beklagen, doch ist der Materialschaden bedeutend. Ueber die Ursache ist nichts bekannt.

Elsnigk. Eingräßlicher Tod. Auf der Grube Emma verunglückte der Arbeiter B. aus Quellendorf tödlich. Infolge der Glätte rutschte er ab und fiel in einen Säurebehälter, in dem Eisenbahnschwellen imprägniert werden. An den erlittenen schweren Verletzungen starb er noch am gleichen Tage, obwohl er sofort in ärztliche Behandlung gekommen war.

Mansfelder Lande.

Für Notstandsmaßnahmen — für Ueberarbeit.

Mansfeld, 14. Dezember. (Eig. Drahtber.)

In der am gestrigen Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Kreistages für den Mansfelder Gebirgskreis wurde auf Antrag unserer Genossen beschlossen, **6 Millionen Mark für Maßnahmen zur Hebung und Förderung der sozialen Wohlfahrtspflege des Kreises (Unterstützung des notleidenden Alters usw.)** zu bewilligen. In der Begründung des Antrages führte unser Redner aus, daß die Geldmittel durch einen weiteren Zuschlag zur Grundsteuer aufgebracht werden müßten, denn Gewerbe und Gebäude könnten eine Belastung nicht mehr ertragen. In der sehr ausgedehnten Diskussion erklärten die Redner der Deutschnationalen und Demokraten, daß nur Ueberarbeit und Ueberstunden helfen könnten. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Piesdorf. Die Untersuchungen in der Mordsache Drescher. In der Dreschersehen Mordsache fanden am Freitag und Sonnabend an Ort und Stelle umfangreiche Zeugenvernehmungen statt. Das Ergebnis derselben soll die Vermutung der Täterschaft des Ehemannes Drescher, der auch wiederholt Selbstmordversuche während der Untersuchungshaft unternommen hat, noch verstärkt haben.

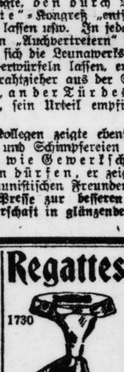
Belleben. Einbruchsdiebstahl. Bei einem Einbruchsdiebstahl bei den Eheleuten Arnhold wurde der Schlosser Lichtenfeld ertappt und verhaftet.

Alterode. Großes Schadenfeuer. In der mit Vorräten gutgefüllten Scheune des Landwirts Karl Lübecke hier, brach Montag abend nach 7 Uhr Feuer aus. Trotz angestrengter Tätigkeit der hiesigen Feuerwehr, der sich noch die Wehren von Welgerode, Stangerode, Sylda, Rittergut Unterschloß, Endorf, Welbsleben und Quenstedt zugesellten, konnte nicht verhindert werden, daß die Scheune völlig ausbrannte. Jedoch gelang es, die benachbarten Gebäude zu schützen.

Ritterode. Verwegener Einbruch. In der Nacht vom Montag zum Dienstag statteten zwei Einbrecher den Stallungen eines hiesigen Gutsbesitzers einen Besuch ab. Die Einbrecher, unter denen sich ein ehemaliger Schweizer des Gutsbesitzers befand, brachen ein Loch durch die Mauer des Kuhstalles, schlachteten eine Färse und weideten dieselbe gleich im Stall aus. Das ausgeweidete Tier schleppten sie dann durch das Loch und ließen es etwa 150 Meter vom Gute entfernt, in einem Graben verdeckt, liegen. Das Tier war ihnen anscheinend zu schwer geworden und sie wollten es am nächsten Tage abholen. Die sofort angestellten Ermittelungen führten zur Ergreifung der Täter.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle/Saale, Harz 42/44.

Gold- Silber- Doublé- Platin- Bruch
Juwelen kauft zu den höchsten Tageskursen.
Berlin - Charlottenburger Zentral-Ankaufs-Stelle
Forsterstr. 1 nur 1. Etage
Ecke Magdeburger Straße. 1715
Sonntags von 9 bis 1 Uhr, wochentags von 9 bis 7 Uhr ununterbrochen geöffnet. — Tel. 5576.
Diskrete Bedienung.

Regattes

1730
gute Qualitäten vornehme Muster
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2

Auf Teilzahlung
Herren-Anzüge × Raglans
Damen-Mäntel, Strickjacken, Jumper, Kleider
Paul Sommer
Leipziger Str. 14 I. und II. Etage
gegenüber Café Zorn
1714

Anzüge, Raglans, Hosen
Arbeiter-Bekleidung
empfiehlt zu günstigen Preisen. 1619
Riesel's Monatsgarderoben.
Etagen-Geschäft. Grosse Märkerstrasse 22 I.
Auf Wunsch hänge zurück.

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Der Neue-Welt-Kalender 1923 ist vergriffen und nicht mehr zu beziehen. Wir empfehlen dafür den
Vorwärts-Almanach
★ 1923 ★
mit prächtigen Kupferdruck-Illustrationen sowie reichhaltiger Text-Ausstattung zum Preise von 100 Mk. (neuer Preis 225,- Mark). Porto 10 Mk. Vorher. Zus. erwünscht.
Der Kalender ist vorrätig in den
Volksblatt-Buchhandlungen
Halle, Gr. Ulrichstrasse 27
Eisleben, Grabenstrasse 50
Wittenberg i. d. Zigarrenhandlung des Gen. Sauerwein, Jüdenstr. 10

Verlobungsringe!
alle Größen vorrätig, verschied. moderne Formen, verkauft 1670 noch preiswert
H. Schindler, Kl. Ulrichstr. 35.

Kaufe guterhalt. Damen- und Herrengard., Wäsche, Leihscheine, Teppiche zu angenehm. Preis. Hirsch, Brüderstr. 3.

Matratzen Bettstellen Chaiselongues Sofas 1555
preiswert zu verk.
E. Maß, Charlottenstr. 9, p

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Damen-Taschen
in guter haltbarer Qualität 1551
Leder-Spezialgeschäft
Friedr. Pletsch
Steinweg 32 und Schwetschkestr. 41

Preiswertes Weihnachts-Angebot in:
Damen-Hemden, Damen-Beinkleider, Männer-Hemden, Einsatz-Hemden, 1718
sowie sämtliche Weiß- u. Wollwaren, Trikotagen, Handtuchstoffe, Bettbezüge,
Schlafdecken, Arbeitshosen, Schürzen, wollene Strümpfe, Socken usw. usw.
Sternwolle 1/5 760,—
Leo Lipper, Magdeburger Straße 25, am Walhalla

An unsere Literatur-Bezieher
ergeht die dringende Mahnung, Bestellungen und Geldsendungen nur zu adressieren an die
Volksblatt-Buchhandlung G. m. b. H.
Große Ulrichstraße 27 in Halle.
Wird, wie es mehrfach geschieht, Volksbuchhandlung adressiert, so kommt der Auftrag bei der auf vorstehende Firma eingetragene Buchhandlung der Kommunistischen Partei an und wird nicht, oder in derem Sinne erledigt.
Verlag Volksblatt, G. m. b. H.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Notgeld der Stadt Halle.

Das von der Stadt Halle unterm 25. September 1922 in Scheinen von 100 und 500 Mark herausgegebene Notgeld wird aus dem Verkehr zurückgezogen und verliert mit Ablauf des 5. Januar 1922 seine Gültigkeit. Die Einlösung gegen Reichsgeld erfolgt bis zum 5. Januar durch die hiesigen Banken und städtischen Kassen. **Nach diesem Zeitpunkt findet ein Umtausch des Notgeldes nicht mehr statt.** 1721

Halle, den 14. Dezember 1922. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219221214-14/fragment/page=0006